

BEZIRKSPROGRAMM

2016 - 2021

Mit ter und Leidenschaft



für suser Tempelkof-Schöuberg









Inhaltsverzeichnis

1. 2. 3. 4. 5.	Schöneberg	7 8 11
1. 2. 3. 4. 5.	Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDe Stadtentwicklung – vorhandene Potentiale besser nutzen Aktive Wirtschaftspolitik betreiben Wohnen im Bezirk Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld verbessern Verkehr - wir suchen individuelle Lösungen	16 18 20 23
111. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.	Mit Leidenschaft für Bildung und Erziehung Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem Den baulichen Zustand der Schulen verbessern Für eine vielfältige Bildungslandschaft eintreten Einen erfolgreichen Start in der Schule sichern Grundschulen Oberschulen Kinderbetreuung im Bezirk verbessern Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen Sport führt zusammen	30 31 32 32 33 33 34
1V. 1. 2. 3. 4. 5. 6.	Angebote für eine wachsende und älter werdende Gesell Gesundheitliche Versorgung ausbauen Verbraucherschutz ernst nehmen Immer wichtiger: Pflegeangebote und Palliativversorgung Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern Politik für Senioren richtig machen Belange von Menschen mit Behinderung ernst nehmen	37 39 39 42 42
V. 1. 2. 3. 4.	Was uns verbindet Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stärken Erfolgreiche Integration entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft Kunst und Kultur halten den Bezirk kreativ Bibliotheken – "Wohnzimmer" der Bürgergesellschaft	49
VI. 1. 2. 3.	Bürgernahe Verwaltung Eine effektive und bürgerfreundliche Verwaltung schaffen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern verbessern Stabile Finanzen wiederherstellen	

Liebe Burgerinen und Burger,

mit Herz und Leidenschaft setze ich mich seit vielen Jahren für unseren schönen Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein. In den nächsten fünf Jahren stehen große Herausforderungen vor uns – diese möchte ich als Ihre Bezirksbürgermeisterin gemeinsam mit Ihnen gestalten.

Berlin wächst, auch in Tempelhof-Schöneberg wollen immer mehr Menschen leben. Darauf können wir stolz sein, aber darauf muss sich unsere Verwaltung besser einstellen. Als ehemalige Lehrerin und Stadträtin für Bildung, Kultur und Sport weiß ich, dass unsere Verwaltung mehr leisten kann. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, sichere Arbeitsplätze, Freiräume für unsere Unternehmen, schnelle Verkehrswege sowie eine moderne Ausstattung der Schulen und flexible Kinderbetreuung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk für alle Generationen lebenswert ist: Dazu gehören eine starke Jugendförderung und moderne Sportanlagen ebenso wie eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und eine aktive Seniorenpolitik.

Der Bezirkshaushalt muss dringend ins Lot gebracht werden. Mit der rot-grünen Schuldenpolitik muss Schluss sein! Damit wir wieder in Zukunftsvorhaben investieren können, brauchen wir eine solide finanzielle Basis.

Unser Bezirk lebt von der Vielfalt unserer Ortsteile. Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade – von hip und urban bis grün und bodenständig. Dafür brauchen wir zielgenaue Lösungen. Als Bezirksbürgermeisterin werde ich dafür sorgen, dass die Verwaltung ein verlässlicher und zugänglicher Partner für alle Menschen ist.

Vielfältige Lebensformen machen das unverwechselbare Profil unseres Bezirks aus. Es findet seinen Ausdruck in Kunst, Kultur und Kreativität. Galerien, Bibliotheken, Konzertsäle und Museen stiften Identität und tragen maßgeblich zur Lebensqualität in Tempelhof-Schöneberg bei. Die Vielfalt der Menschen bedeutet gleichzeitig, sich gemeinsamer Werte bewusst zu werden. Wir treten konsequent für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft ein. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen muss vom Willen und der Bereitschaft geprägt sein, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dafür ist auch die persönliche Anstrengung jedes Einzelnen nötig. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung der Werte

Gelingen von Integration.

Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat klare Vorstellungen, wie wir die Zukunft unseres Bezirks für alle positiv gestalten können. Unsere Positionen finden Sie in diesem Zukunftsprogramm – es spiegelt die vielen Anregungen wider, die uns die Menschen in den letzten Jahren gegeben haben. Für unser CDU-Programm und für mich ganz persönlich als Bürgermeisterkandidatin bitte ich um Ihr Vertrauen am 18. September 2016.

unserer Verfassung sowie Toleranz sind wesentliche Bedingungen für das

Thre Justa Haddat

Jutta Kaddatz Bürgermeisterkandidatin der CDU Tempelhof-Schöneberg

I. Unsere Ortsteile

Viele Bewohner Tempelhof-Schönebergs identifizieren sich weniger mit dem heutigen Großbezirk, dafür aber stark mit den sechs Ortsteilen Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde oder Lichtenrade. Tempelhof-Schöneberg bietet aufgrund seiner Geschichte und Lage im Berliner Stadtgebiet ein heterogenes Bild, jeder Ortsteil hat seinen eigenen Charakter. Diese Besonderheiten und das Identifikationsgefühl gilt es, bei den großen Veränderungen durch den Bevölkerungszuzug aus aller Welt zu erhalten und auszubauen. Heimatgefühl am Wohnort und Nachbarschaftsverflechtungen sind wichtige Grundlagen für ein konstruktives Zusammenleben der Menschen.

1. Schöneberg



Schöneberg ist durch die wirtschaftliche Wiederbelebung der City-West Gewinner unter den Ortsteilen des Bezirks. Der Sozialstrukturatlas für Berlin weist in allen Schöneberger Kiezen eine positive Entwicklung aus. Durch den Wohnungsneubau am Rande des Gleisdreieckparks sind fast vergessene Wohnquartiere wieder zu attraktiven Wohnlagen geworden. Die Problemzonen rund um den Bülowbogen haben sich sichtlich stabilisiert und auch die Potsdamer Straße zeigt, ausgehend vom Potsdamer Platz, eine deutliche Erholung als belebendes Element im Stadtteil.

Die einzige "Schmuddelecke" des Ortsteils ist noch immer der Straßenstrich in der Kurfürstenstraße. Hier konnte sich die CDU mit der Forderung nach Sperrzeiten für die Straßenprostitution gegen die Mehrheit von SPD und Grünen nicht durchsetzen.

Ein besonderes Flair geht vom schwul-lesbischen Kiez rund um den Nollendorfplatz aus. Er ist inzwischen überregionaler Anziehungspunkt für internationales Publikum in Berlin.

Für Schöneberg haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung in Schöneberg zunehmen. Der Ortsteil braucht deshalb eine stärkere Konzentration auf den Wohnungsneubau. Die CDU sieht Potenzial unter anderem an folgenden Standorten:
 - rund um den Bahnhof Südkreuz und am Sachsendamm:
 - in der Bautzener Straße:
 - auf dem ehemaligen Telekomgelände in der Hauptstraße/Belziger Straße;
 - am ehemaligen Straßenbahndepot in der Belziger Straße;
 - im Großraum Innsbrucker Platz.

I. Unsere Ortsteile

- Der S-Bahnhof Yorckstraße soll saniert und eine Verbesserung des Bahnhofsumfeldes durch Aufwertung der Ladenzone zwischen Bautzener Straße und dem S-Bahnhofsgebäude erreicht werden.
- Die sogenannte Begegnungszone in der Maaßenstraße wurde gegen den Willen der CDU sowie vieler Anwohner und Geschäftsinhaber realisiert. Die bestehenden Probleme in der Straße wurden damit nicht gelöst, sondern verschlimmert. Bei der Neugestaltung des Nollendorfplatzes sollte dieser Fehler nicht wiederholt werden. Der CDU ist es wichtig, die Interessen der Anwohner stärker zu berücksichtigen und dem Gesamtplatz mehr Aufenthaltsqualität zu geben.



- Das Gebiet zwischen Nollendorfplatz, Viktoria-Luise-Platz und Barbarossaplatz hat sich durch neue Bars, Restaurants, Galerien und Hotels zum Hotspot des Tourismus entwickelt. Die Folge ist deutlich mehr Fuß-, Rad- und PKW-Verkehr. Da das vorgeschriebene Tempo-30-Limit oft nicht beachtet wird, brauchen wir mehr Verkehrskontrollen, damit der zunehmenden Gefährdung von Kindern vor Kitas und Schulen endlich Einhalt geboten wird. Wir brauchen hier Maßnahmen wie zum Beispiel versetztes Querparken und Zebrastreifen. Ziel ist es, den quartiersfremden Verkehr zu reduzieren und den motorisierten Verkehr zu verlangsamen. Dadurch wird eine Verbesserung der Qualität des Wohnumfeldes erzielt.
- Im Schöneberger Norden sind durch rot-grüne Politik in den letzten Jahren mehrere hundert Parkplätze zielgerichtet vernichtet worden, während gleichzeitig in den nächsten Jahren dort rund 500 neue Wohneinheiten entstehen werden. Der dadurch entstehende zusätzliche Parkplatzdruck im Gebiet kann auch durch ein verändertes Verkehrsverhalten mit weniger Individualfahrzeugen nicht aufgefangen werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass bei Wegfall von PKW-Stellplätzen künftig an anderer Stelle Ersatz geschaffen wird.



- Das Fahrrad bekommt in der Innenstadt immer größere Bedeutung. Wir brauchen deshalb an den Umsteigebahnhöfen der U- und S-Bahn in Schöneberg eine ausreichende Anzahl von Fahrradabstellplätzen.
- Der Bayerische Platz ist einer der zentralen Orte in Schöneberg. Mit einem Tourismuskonzept, das auf dem ehemals jüdischen Leben in Schöneberg und der entsprechenden Ausstellung im Rathaus basiert, ließe sich das Quartier um den Bayerischen Platz zu einem weiteren Anziehungspunkt im Norden des Bezirks weiterentwickeln. Dies dient auch der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Einzelhandel und Gastronomie.
- Das Rathaus Schöneberg ist ein historischer Ort von überregionaler Bedeutung. Der Vorplatz wird mit seinem verwahrlosten Grün jedoch immer stärker zu einem Schandfleck. Eine Sanierung der Pflanzbereiche muss attraktiv und kostengünstig möglich sein. Dem stetig schrumpfenden öffentlichen Wochenmarkt auf dem John-F.-Kennedy Platz muss durch ein attraktiveres Marktkonzept entgegengewirkt werden. Zusätzlich ist zu untersuchen, ob auf einer begrenzten Zahl von Parkflächen eine Stromtankstelle für Elektrofahrzeuge eingerichtet werden kann.



 Der Straßenzug Potsdamer Straße/Hauptstraße ist eine der Verkehrsadern im Bezirk. Die Wiederbelebung dieses Straßenzuges als belebte Geschäftsstraße hat für die CDU weiterhin oberste Priorität. Ausgehend vom Potsdamer Platz sind bereits deutliche Erfolge zu erkennen. Um diesen Trend zu verstärken brauchen wir



- ein Tourismuskonzept mit den Attraktionen entlang dieses Straßenzuges;
- eine deutliche Reduzierung der aggressiven und globalisierten Straßenprostitution an der Kurfürstenstraße. Die CDU fordert deshalb tagsüber eine Sperrzeit zwischen 6:00 und 20:00 Uhr zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Anwohnern. Dabei geht es vor allem auch um die Eindämmung der Begleiterscheinungen wie die Verschmutzung der umliegenden Grünanlagen und Kinderspielplätze sowie die Vornahme sexueller Handlungen auf offener Straße;
- der Einzelhandelsschwerpunkt Kaiser-Wilhelm-Platz ist durch ein tragfähiges Marketingkonzept in seiner Funktion zu stärken;
- für den Innsbrucker Platz ein Stadtentwicklungskonzept, das neben dem Verkehr auch die Wohn- oder Gewerbebebauung auf den Brachflächen zwischen Wexstraße und S-Bahnhof berücksichtigt;



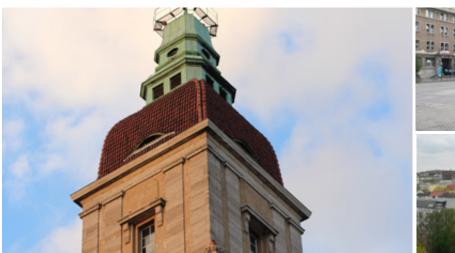
- nach einer Verlängerung der Straßenbahn vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz eine Prüfung, ob und in welcher Form eine Straßenbahnverbindung vom Potsdamer Platz in Richtung Steglitz erfolgen kann;
- ein Verkehrskonzept, das den ökologisch wie ökonomisch untragbaren Verkehrsstau auf der Potsdamer Straße/Hauptstraße beseitigt und bis 2020 flüssigen Verkehr zwischen Potsdamer und Innsbrucker Platz ermöglicht.
- Zu einem modernen Stadtbad, wie dem Hans-Rosenthal-Bad in der Hauptstraße, gehört mehr als nur ein Schwimmbecken. Badespaß und Erholung muss gleichermaßen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch eine Sauna. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Berliner Bäderbetriebe die vorhandene Anlage sanieren und den Bürgern wieder zur Verfügung stellen.



 Der Kleistpark ist eine wichtige Grünanlage für die Menschen im Schöneberger Norden. Wir benötigen dort endlich wieder eine ausreichende Anzahl von Parkbänken damit sich die Aufenthaltsqualität, insbesondere für ältere Menschen, verbessert.



2. Friedenau





Friedenau gehört zu den attraktivsten Wohnlagen in Berlin. Dies gilt es auch künftig zu sichern. Die Lösung eines der wichtigsten Probleme der Friedenauer - die Erweiterung der Straßenentwässerung - konnte gemeinsam mit der Anwohnerinitiative und der CDU-Abgeordnetenhausfraktion ohne Kosten für die Anwohner erreicht werden. Die Baumaßnahme wird 2017 abgeschlossen sein und die regelmäßige Überflutung der Keller bei stärkeren Regenfällen in der Friedenauer Senke beenden.

Für Friedenau haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- Die mehr als fünfjährigen Planungen für rund 800 Wohnungen auf dem ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf sind kurzfristig abzuschließen, damit endlich mit dem Bau der dringend benötigten Wohnungen begonnen werden kann.
- Das Bezirksamt hat als Folge des Personalabbaus der vergangenen Jahre und der problematischen Haushaltslage das Rathaus Friedenau als Verwaltungsstandort aufgeben.
 - Für die Zeit nach der derzeitigen Nutzung des Gebäudes als Flüchtlingsunterkunft bedarf es bereits heute eines neuen Nachnutzungskonzepts als Verwaltungsstandort. Die CDU setzt sich darüber hinaus für den Erhalt des "Theaters Morgenstern" am bisherigen Standort im Rathaus Friedenau ein. Damit wird ein wichtiges Angebot für Kinder und Jugendliche im Herzen von Friedenau gesichert. Aufgrund der temporären Nutzung des Rathauses als Flüchtlingsunterkunft kommt dem Theater sogar eine neue Bedeutung mit Blick auf die Integration



- von Kindern aus Flüchtlingsfamilien durch Einbeziehung in das Theaterangebot zu.
- Die Parkplatzsituation ist in Friedenau unverändert schwierig. Es fehlen, bezogen auf die Einwohnerzahl, mehr als 1.000 Parkplätze. Wir wollen aufgrund der vielen Anwohnerwünsche aus dem Bereich der Ceciliengärten und anderer nördlicher Wohngebiete von Friedenau die Parkraumbewirtschaftung bis zum Innsbrucker Platz ausweiten, damit sich die Parkplatzsituation der Anwohner deutlich verbessert.
- Zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes Rheinstraße fordert die CDU ein professionelles Geschäftsstraßenmanagement unter Einbeziehung der Einzelhändler beziehungsweise Geschäftsinhaber und Hauseigentümer. Die Rheinstraße wird nur dann langfristig florieren, wenn das Angebot an vielfältigen Geschäften und Restaurants eine sinnvolle Ergänzung zur Schloßstraße darstellt.

- Das Kleine Theater am Südwestkorso ist ein wichtiger kultureller Anlaufpunkt in Friedenau und darüber hinaus. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass diese kreative Oase erhalten bleibt und die engagierte Arbeit vor Ort unterstützen.
- Um im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Platzes eine höhere Aufenthaltsqualität zu schaffen, wollen wir diese Platzanlage mittelfristig verändern. Wir fordern die Schaffung neuer, direkter Fußgänger-überwege aus Richtung Schmargendorfer Straße bis zur Kirche und weiter in Richtung Wiesbadener Straße. Bereits laufende Planungen für den Bau eines barrierefreien Zugangs zum U-Bahnhof Friedrich-Wilhelm-Platz sind dabei zu berücksichtigen.



3. Tempelhof







Der Ortsteil Tempelhof befindet sich - klar zu erkennen am Tempelhofer Damm - im Umbruch. Das Volksbegehren zum Tempelhofer Feld hat den Plänen des aus Tempelhof stammenden Regierenden Bürgermeisters eine klare Absage erteilt. Für die Gebiete nördlich der Autobahn muss endlich ein schlüssiges Entwicklungskonzept inklusive des ehemaligen Flughafengeländes geschaffen werden. Südlich der Autobahn ist der Ortsteil Tempelhof durch eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe gekennzeichnet. Diese gilt es, als neue Berliner Mischung aus Dienstleistung und dienstleistungsorientierter Produktion wiederzubeleben.

Für Tempelhof haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- Der Tempelhofer Damm als Einkaufsstraße braucht neue Impulse und die Aufwertung des gesamten Straßenzugs. Deshalb brauchen wir endlich ein abgestimmtes Maßnahmenkonzept für die wichtigste Einkaufsstraße Tempelhofs.
- Die nördliche Manfred-von-Richthofen-Straße wollen wir als regionale Einkaufsstraße stärken.
- Die Industrieflächen an der Germania- und Oberlandstraße sind mit dem Ziel einer Mischung aus Wohnen und Gewerbe neu zu ordnen. Dafür müssen

I. Unsere Ortsteile

die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hier könnten mehr als 1.000 Wohnungen entstehen.

Rund um das Rathaus Tempelhof gibt es mit dem Stadtbad, der Bezirkszentral-bibliothek, der Polizei und dem großen Verwaltungsstandort im Rathausgebäude eine Konzentration von öffentlicher Infrastruktur. Dank des Engagements der CDU konnte die Schließung des Stadtbades verhindert werden, hier wird in den nächsten Jahren eine Sanierung erfolgen. Seit Jahren scheitert die CDU an der politischen Mehrheit bei dem Versuch, Geld für die Erneuerung der baulich maroden, aber bildungs- und kulturpolitisch äußerst wichtigen Bezirkszentralbibliothek in der Götzstraße zu sichern. 2017 werden wir einen weiteren Anlauf zur Sicherung der Bibliothek starten.



- Der ehemalige Parkplatz des Rathauses am Tempelhofer Damm ist zurzeit eine öde Fläche. Hier bietet sich die Möglichkeit einer ergänzenden Bebauung aus Wohnen und ebenerdigen Gewerbeflächen. Bibliothek und Schwimmbad dürfen durch eine Neubebauung nicht in ihrer Entwicklung gehindert, sondern sollen durch eine bessere Außenwerbung und Durchwegung gefördert werden.
- Das Tiergehege im Franckepark ist ein wichtiger Anlaufpunkt für die Familien im Kiez. Deshalb wollen wir es langfristig erhalten.
- Der Volkspark Marienhöhe soll mittelfristig der Bevölkerung wieder besser zugänglich gemacht werden. Deshalb hat die CDU dafür gesorgt, dass die Sanierung der Wege in das bezirkliche Investitionsprogramm aufgenommen wird. Bereits Ende 2015 konnte der sanierte Spielplatz auf der Marienhöhe eröffnet werden.



 Das Luise-Henriette-Gymnasium wird durch die Sanierung des Gebäudes langfristig als Gymnasialstandort gesichert.

Tempelhofer Feld

Seit Jahren ist ein dauerhaftes Konzept für die Flughafengebäude überfällig. Dafür trägt

ausschließlich der jetzige Regierende Bürgermeister und ehemalige Bausenator Michael Müller die Verantwortung. Die mangelhafte Auslastung der Flughafengebäude kostet Berlin seit der Schließung des Verkehrsflughafens im Jahr 2008 einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr. Die geplante und teilweise realisierte Zwischennutzung als Massenunterkunft für bis zu 7.000 Flüchtlinge schafft zusätzliche Probleme, da vernünftige Integrationsmaßnahmen unter solchen Rahmenbedingungen nicht erfolgreich sein können. Deshalb ist es entscheidend, dass die durch den Senat



vorgenommene Aufstellung mobiler Notunterkünfte auch tatsächlich auf drei Jahre befristet bleibt und das Bebauungsverbot nicht angetastet wird. Für die CDU ist klar: Nur gemischte Stadtviertel haben das Potenzial für eine nachhaltige, soziale Integration. Die "Berliner Mischung" bleibt deshalb unser Leitbild für die Entwicklung der Stadt.

Mittelfristig wollen wir das Gebäude und sein Umfeld bewahren und respektvoll nutzen. Die Entwicklung zu einem Kultur-, Kreativ- und Gründerzentrum bleibt unsere politische Zielsetzung. Tempelhof bleibt Zukunftsort. Sobald die Notunterbringung von Flüchtlingen an diesem Ort nicht mehr erforderlich ist, müssen dafür weiter konsequent die notwen-

digen Schritte gegangen sowie Flächen modernisiert und ertüchtigt werden. Wir wollen diesen weltweit einmaligen Standort weiter öffnen und lebendig gestalten. Für die Freiflächen auf dem Feld sehen wir die langfristige Nutzung als überregionale Grünanlage vor.

Die CDU fordert daher:

 Für die denkmalgeschützten Flughafengebäude muss endlich ein konsistentes Nachnutzungskonzept entwickelt werden. Es sollte der historischen Bedeutung des ehemaligen Flughafens Tempelhof gerecht werden und gleichzeitig die öffentliche Hand von hohen Unterhaltungskosten entlasten.



- Ein neuer S-Bahnhof Oberlandstraße als Halt der Ringbahn zwischen den S-Bahnhöfen Tempelhof und Hermannstraße soll realisiert werden.
- Die Erreichbarkeit des Flugfeldes für Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll verbessert werden. Deshalb sind die ehemaligen Zugänge von den U-Bahnhöfen Tempelhof sowie Paradestraße zu öffnen sowie ein Abgang auf der östlichen Seite des S-Bahnhofs Tempelhof zu schaffen. Dies erleichtert den Zugang zum Flugfeld und entschärft die Verkehrssituation insbesondere am S-Bahnhof Tempelhof.
- Der in Teilbereichen des Tempelhofer Feldes zunehmende Handel mit Betäubungsmitteln muss unterbunden werden. Das Tempelhofer Feld soll als Freifläche für Freizeit, Sport und Erholung dienen.
- Der Senat legt unter Beteiligung der Bezirke ein tragfähiges Verkehrskonzept vor, um die Probleme zu lösen, die durch den Besucherandrang bei Veranstaltungen auf dem Tempelhofer Feld für die benachbarte Gartenstadt Neu-Tempelhof entstehen. Für den Bereich des Tempelhofer Feldes ist deshalb ein Parkleitsystem zu errichten, das vor allem die vorhandenen Stellplatzanlagen auf dem alten Flughafenareal einbezieht. Hier kann an die Tradition bei Veranstaltungen der Alliierten auf dem Flughafengelände angeknüpft werden. Entscheidend ist, dass die Anwohner der Gartenstadt Neu-Tempelhof endlich vom Verkehr entlastet werden.





4. Mariendorf und Marienfelde

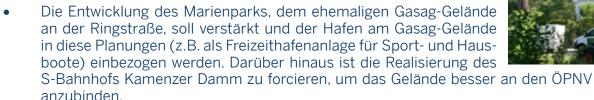


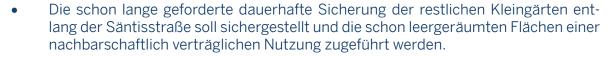
Die Ortsteile Mariendorf und Marienfelde sind nach wie vor beliebte Wohnlagen im Bezirk. Dieser Umstand bietet die Möglichkeit, seit Jahrzehnten ungenutzte Industrieflächen zu beleben und dort neuen Wohnraum zu schaffen. Dieses Konzept wollen wir auch in der künftigen Wahlperiode wieder mit Nachdruck vertreten.

Für Mariendorf und Marienfelde haben wir uns Folgendes vorgenommen:

Untergenutzte Industrie- und Gewerbeflächen sind zu ermitteln und planungsrechtlich als Siedlungsfläche für Ein- und Zweifamilienhäuser auszuweisen sowie zu grö-

Beren Wohnungsbaustandorten mit mehr als 300 Wohneinheiten zu entwickeln. Dabei muss sichergestellt sein, dass sich die neue Bebauung mit bereits bestehenden Wohnnutzungen harmonisch ergänzt.





Der Kreuzungsbereich "Marienfelder Allee, Friedenfelser Straße (B 101), Hildburg-

hauser Straße und Nahmitzer Damm" muss, wie seit langem von der CDU gefordert, entsprechend des Verkehrsaufkommens zur Reduzierung des Staus umgebaut werden.

- An der künftigen Strecke der Dresdner Bahn soll ein neuer Regionalbahnhof Buckower Chaussee entstehen, um die Anbindung des gesamten Gebietes an das öffentliche Nahverkehrsnetz erheblich zu verbessern.
- Rund um den U-Bahnhof Alt-Mariendorf und den Marktbereich an der Prinzenstraße soll das öffentliche Straßenland attraktiver gestaltet und aufgewertet werden.

- Bei städtebaulicher Neufassung des Verkehrsknotens Alt-Mariendorf bleibt ein P+R-Angebot im Umfeld des U-Bahnhofs Alt-Mariendorf erhalten.
- Die Trabrennbahn Mariendorf soll in bezirkliche Nutzungskonzepte einbezogen werden, um damit den Bestand dieser Fläche zu sichern.
- Für den Bereich der Grünflächen nördlich des Wildspitzwegs wird eine Gestaltungssatzung zum Zweck der Anbindung des "Britzer Gartens" entwickelt. Damit soll auch einer unverhältnismäßigen Bebauung, die dem Charakter des Gebiets widerspricht, entgegengewirkt werden.
- Der von der CDU erreichte Um- und Neubau des Bades am Ankogelweg zu einem Erlebnis-, Sport- und Freizeitbad soll schnellstmöglich begonnen werden. Die Bauarbeiten sind unter Beachtung des auch während dieser Arbeiten bestehenden Bedarfs an Schwimmflächen für Schulen und Vereine sowie des Schutzes betroffener Anlieger vor den Folgen der Bauarbeiten schnell einzuleiten und abzuschließen.



 Die Entwicklung von Wohnungsbauflächen auf dem derzeitigen Schulersatzstandort der Gustav-Heinemann-Oberschule wird forciert, da das Grundstück nach dem Neubau der Schule nicht mehr benötigt wird.

5. Lichtenrade







Lichtenrade ist der südlichste Ortsteil unseres Bezirks. Neben einigen Großsiedlungen finden sich hier vor allem viel Grün, Einfamilienhäuser und zum Teil noch dörflich anmutende Strukturen. Die Lichtenrader haben eine ausgeprägte Bindung an ihren Ortsteil, leben teilweise seit mehreren Generationen in ihrem Kiez und sind zu Recht stolz auf ihr vielfältiges bürgerschaftliches Engagement. Starke Vereine und lebendige Kirchengemeinden sind hier noch selbstverständlich. Lichtenrade hat eine hohe Wohn- und Lebensqualität, die wir unbedingt erhalten wollen.

Für Lichtenrade haben wir daher folgende Ziele:

• Die Dresdner Bahn gehört in den Tunnel. Wir wollen nicht, dass der Ortsteil in zwei Hälften gespalten und die Lebensqualität Lichtenrades massiv beeinträchtigt wird!

Deshalb kämpfen wir seit vielen Jahren gemeinsam mit der Bürgerinitiative "Dresdner Bahn" auf allen Ebenen für eine politische Lösung im Sinne der Menschen von Lichtenrade. Leider fehlte in der Vergangenheit oftmals eine wirkliche Unterstützung durch den Berliner Senat und insbesondere durch den Regierenden Bürgermeister. Daher hat jetzt das Eisenbahnbundesamt die ebenerdige Streckenführung genehmigt. Davon sind wir enttäuscht, aber nicht entmutigt: Entschlossen werden wir die Klagen der Lichtenrader



und das Engagement der Bürgerinitiative gegen den Planfeststellungsbeschluss unterstützen.

- Die Flugrouten des neuen Flughafens BER in Schönefeld sind so zu gestalten, dass sie Lichtenrade und die südlichen Bezirke Berlins nicht mit erheblichem Fluglärm belasten. Hier haben wir in der Vergangenheit viel erreicht und dafür gesorgt, dass die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens getätigten Aussagen auch eingehalten werden. Jetzt muss sichergestellt werden, dass dies in der Fluglärmkommission nicht ausgehebelt wird und insbesondere die Nachtflüge Lichtenrade nicht belasten. Das muss Chefsache sein. Deshalb soll der Bezirk zukünftig immer durch die Bezirksbürgermeisterin in der Fluglärmkommission vertreten werden.
- Die Attraktivität der Bahnhofstraße wollen wir erhalten und stärken. Sie ist weit mehr als nur regionale Einkaufsstraße für den täglichen Bedarf der Lichtenraderinnen und Lichtenrader, sie ist zugleich ein Ort der Begegnung und der Kommunikation. Wir begrüßen daher, dass nun rund 20 Millionen Euro zur Aufwertung dieses Bereichs im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Zentren" zur Verfügung stehen. Diese Chance wollen wir im Interesse der Menschen und der Gewerbetreibenden in Lichtenrade nutzen.



Die CDU fordert daher:

- Die Umgestaltung der Bahnhofstraße muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und Gewerbetreibenden orientieren. Interessengegensätze müssen in Einklang gebracht, nicht aber gegeneinander ausgespielt oder gar übergangen werden. Die Investitionsmittel sind effektiv und mit nachhaltigem Nutzen für alle Lichtenrader einzusetzen.
- In die Planungen sind die Lichtenrader Bürger und lokalen Akteure, die Vereine, Bürgerinitiativen und die Vertretungen der Gewerbetreibenden umfassend einzubeziehen. Die Planungsprozesse sind für die Beteiligten transparent und überschaubar zu gestalten. Bürgerbeteiligung muss ernst gemeint sein und darf sich nicht in Alibi-Veranstaltungen erschöpfen.
- Der Einzelhandel, die Arztpraxen und die anderen Gewerbetreibenden dürfen durch die Umgestaltung der Bahnhofstraße nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet werden.
 Die bisherige Anzahl von Parkplätzen darf daher nicht reduziert werden, eher



bedarf es eines stadtverträglichen Ausbaus. So gewinnt die Bahnhofstraße - auch überregional für Kunden aus Brandenburg - an Attraktivität.

• Die Aufenthaltsqualität der Bahnhofstraße muss verbessert werden. Dazu muss es mehr gepflegtes Grün und Orte des Verweilens und der Kommunikation geben.

• Die alte Mälzerei muss endlich wiederbelebt werden. Wir treten für ein Nutzungskonzept ein, das Kultur, Wirtschaft und Freizeit miteinander verbindet. In die Nutzungsüberlegungen sind auch die Bibliothek, das Bürgeramt und der Pfarrer-Lütkehaus-Platz einzubeziehen. Wir treten dafür ein, dass diese unbedingt erhalten bleiben.



- Wir wenden uns entschieden gegen Überlegungen, das Gemeinschaftshaus als Bürogebäude zu nutzen. Wir wollen, dass das Gemeinschaftshaus als kulturelles und gesellschaftliches Herz Lichtenrades fortbesteht und langfristig als Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.
- Die zentralen Verkehrsadern durch Lichtenrade, der Kirchhainer und der Lichtenrader Damm, müssen entlastet werden. Der autobahnähnliche Ausbau der B96 in Brandenburg, die wachsenden Einwohnerzahlen in den Umlandgemeinden und die damit verbundene Zunahme des Pendlerverkehrs sorgen für erheblichen Verkehr und entsprechenden Lärm auf der B 96. Wir wollen erreichen, dass weniger Pendler mit dem PKW unterwegs sind und setzen uns daher für engere Taktzeiten der S-Bahn aus Blankenfelde und große Park-&-Ride-Standorte an den S-Bahnhöfen Mahlow und



Blankenfelde ein. Es bedarf eines integrierten Verkehrskonzeptes zwischen Berlin und Brandenburg, das die Pendlerströme besser steuert und mittelfristig zu einer Reduzierung des PKW-Pendlerverkehrs führt.

- Die Anbindung Lichtenrades an den ÖPNV soll ausgebaut werden. Im Ortsteil Lichtenrade wächst in den nächsten Jahren die Bevölkerungszahl, auch gibt es vermehrt ältere Menschen. Wir setzen uns daher dafür ein, das bisherige öffentliche Nahverkehrsangebot auszubauen und insbesondere die Angebote der Buslinien 175, 172 und 275 zu verbessern.
- Die in den Großsiedlungen im Bereich Nahariyastraße und John-Locke-Straße anstehenden Sanierungen sollen sozialverträglich erfolgen. Dafür wollen wir einen Runden Tisch zwischen Mietern und den verschiedenen städtischen Wohnungsgesellschaften initiieren. Soziale Härten müssen
 - Wir wollen das Gebiet um den Dorfteich unter dem Motto: "Neues Leben im alten Dorfkern" mit hoher Attraktivität für alle Bürger weiterentwickeln. Dazu gehört, dass das Bezirksamt mehr finanzielle

Mittel für die Reinigung des Dorfteiches und der Uferpromenade

bereitstellt. Das Ordnungsamt soll konsequent gegen Dreck, Lärm und Müll vorgehen.



abgefedert werden.

I. Unsere Ortsteile

- Die Menschen sollen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Straßen, Wege und Plätze wie etwa der Spielplatz des Ekensunder Platzes entlang der Barnetstraße hell beleuchtet sind.
- Das vielfältige kulturelle Angebot soll gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehört:
 - Chancen gemeinsamer Musik- und Kulturveranstaltungen mit Brandenburg ausloten;
 - das alte Pumpwerk in der John-Locke-Straße zu einer Einrichtung für betreutes Wohnen in Kombination mit Werkstätten zu ertüchtigen;



- Alt-Lichtenrade und das Gebiet um den Dorfteich durch geeignete Veranstaltungen weiter zu beleben.
- Der Volkspark Lichtenrade soll sein gepflegtes Erscheinungsbild behalten. Das jahrzehntelange Engagement der Bürgerinitiative ist vorbildlich und muss weiter unterstützt werden.
- Der Verkehr in Lichtenrade muss sicherer werden. Gerade Schulkinder und die vielen älteren Menschen müssen gefahrlos die Straßen überqueren können. Wir verfolgen daher weiter das Ziel, einen Fußgängerüberweg in der Barnetstraße Höhe Nuthestraße/Simpsonweg zu schaffen. Auch die Verkehrssituation am Töpchiner Weg muss auf eine solche Notwendigkeit überprüft werden.





Wohnort und direktes Umfeld sind wichtige Bezugspunkte in unserem Leben. Aufgabe einer ausgewogenen, vorausschauenden und nachhaltigen Stadtplanung ist es, Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen in den verschiedenen Kiezen des Bezirkes eine Heimat zu bieten. In unserem Bezirk werden die unterschiedlichsten Wohnbedürfnisse befriedigt. Es gibt unverändert ein buntes Miteinander von großstädtischer Bebauung im Herzen der City-West bis zu Großsiedlungen und alten Dorfkernen im Süden des Bezirks. Unser Bezirk steht mit rund 335.000 Einwohnern zusam-



men mit Bielefeld auf Platz 18 der größten Städte der Bundesrepublik. Berlin ist in den letzten Jahren auch ohne Flüchtlingszuzug unerwartet stark gewachsen. Diese Entwicklung ist weitestgehend an unserem Bezirk vorbeigegangen. Das liegt zum Teil daran, dass große Flächen des Bezirks immer noch unterdurchschnittlich genutzte Industrieflächen sind. Das Hauptproblem ist jedoch, dass die Politik der rot-grünen Mehrheit bis heute keine wirkliche Vorstellung darüber entwickelt hat, welches besondere Profil unser Bezirk unter den Berliner Bezirken haben soll. Die Nähe zum neuen Großflughafen in Schönefeld bietet genauso wie der EUREF-Campus an der Torgauer Straße große Perspektiven für die Entwicklung unseres Bezirkes. Nach wie vor fehlt ein bezirkliches Tourismuskonzept, das dem örtlichen Einzelhandel im Kampf um das wirtschaftliche Überleben hilft. Auch

an einer Verzahnung zwischen Stadtplanung und Wirtschaft mangelt es, um nicht mehr benötigte Industrieflächen als Wohnungsbauflächen zu entwickeln. Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt mit einem zusätzlichen Bedarf von fast 100.000 Wohnungen macht die Dringlichkeit dieser Aufgabe deutlich. Zu allen Stadtentwicklungsfragen gehört ein ernsthafter Dialog mit den Bürgern über die Frage, welche überbezirklichen Anforderungen es gibt, welche Folgen und Chancen sich aus der weiteren Verdichtung der Stadt ergeben und wo auch die Belastungsgrenzen für die Betroffenen liegen. Das wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren tun.



1. Stadtentwicklung – vorhandene Potentiale besser nutzen

Hier werden die Grundentscheidungen für Zukunftsprojekte des Bezirks getroffen. Wer seine Flächen nicht intelligent entwickelt, seine Wohngebiete nicht durch unterschiedlichste Maßnahmen attraktiv gestaltet, eine entsprechende Imagewerbung betreibt und Trends verschläft, setzt in der digitalen Zeit die Attraktivität von Stadtteilen aufs Spiel. Rot-Grün im Bezirk führt dies exemplarisch an der systematischen Blockadepolitik gegenüber der Expansion des EUREF-Campus in der Torgauer Straße vor.

Die CDU fordert daher:

 Alle Gewerbe- und Industriegebiete im Bezirk erhalten eine spezielle Profilbildung und - bei Bedarf - erfolgt eine planungsrechtliche Anpassung der Gebiete an das Gebietsprofil. Dies muss gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und den relevanten Akteuren in Berlin erfolgen.



 Die "Berliner Mischung" aus enger räumlicher Verzahnung von Wohnen und Arbeiten soll wiederbelebt beziehungsweise gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die stark dienstleistungsorientierten Ortsteile Schöneberg und Friedenau.

 Nicht mehr benötigte Industriebrachen werden planungsrechtlich als Siedlungsfläche für Einfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau ausgewiesen. Im Rah-

men einer solchen Grundüberlegung muss auch geklärt werden, in welchem Verhältnis zueinander Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen und sozialer Wohnungsbau entstehen sollen. Wichtig ist für die CDU eine gute soziale Durchmischung bestehender und neuer Wohngebiete, damit keine sozialen Problemkieze entstehen. Bei der Neuentwicklung größerer Wohngebiete ist in jedem Fall ausreichend soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagestätten, Senioreneinrichtungen, Grünanlagen etc.) einzuplanen.



- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der Mittelstand. Damit dieser auch künftig eine Chance hat, müssen wir die Attraktivität der Einkaufsstraßen steigern. Deshalb wollen wir:
 - für die bestehenden Einkaufsstraßen gemeinsam mit Eigentümern und Einzelhandelsinitiativen ein Management gegen Leerstand schaffen;
 - Leerstand durch einzelfallbezogene, gegebenenfalls auch kostenlose Zwischennutzung von Läden durch Künstler oder öffentliche Ausstellungen nutzen und somit den optischen Eindruck von Einzelhandelsstraßen auch im Interesse der Vermieter verbessern;
 - das ab 2016 Anwendung findende Spielhallengesetz konsequent nutzen, um die Anzahl der Spielhallen zu reduzieren und damit auch der Verschandelung des Stadtbildes entgegenzuwirken.
- Der Bezirk muss konsequent die Möglichkeiten nutzen, Fördermittel des Bundes aus Städtebauförderungsprogrammen zu erhalten.
 Dies dient dem Ziel, die Wohnqualität und Nutzungsvielfalt zu erhöhen sowie die Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit in unseren Kiezen zu verbessern.
- Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften haben zahlreiche Wohnungen im Bezirk. Es ist deshalb ein regelmäßiger Austausch des Bezirksamtes mit diesen Gesellschaften nötig, um auf den Bedarf an spezifischem Wohnraum im Bezirk hinzuweisen. Dabei sollen die Wohnungsbaugesellschaften zudem ermuntert werden, durch Neubau- und Umbaumaßnahmen den Bestand an barrierefreiem Wohnraum entsprechend § 51 BauO Bln zu erhöhen.
- Eine kleine Erfolgsgeschichte sind die Spielplätze im Bezirk. Das von der CDU geführte Baudezernat hat einen Schwerpunkt seiner Arbeit in die Erneuerung der Spielplatzanlagen gelegt. Seit 2011 konnten rund 20 Spielplätze grundlegend erneuert beziehungsweise neu geschaffen werden. Hierzu zählen unter anderem die Anlagen
 - Lichtenrader Graben West.
 - Handjery- Ecke Niedstraße,
 - Am Insulaner.
 - Feldstedetr Weg,
 - Richterstraße,
 - Monumentenplatz,



- Bautzener Straße.
- Frobenstraße und
- die Bewegungsflächen an der Torgauer Straße und der Götzstraße.

Hieran möchten wir anknüpfen und auch in den kommenden Jahren die vorhandenen Spielplätze sicherer und attraktiver machen und vor allem sauber halten. Für den Schutz vor Verwahrlosung von Spielplatzanlagen können wir uns auch die Kooperation mit Bürgeroder Anwohnerinitiativen vorstellen.



- Neue Großsiedlungen im Bezirk sollen verhindert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass solche Wohnformen regelmäßig die Gefahr bieten, zu sozialen Brennpunkten zu werden.
- Eine weitgehende planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Kleingartenkolonien im Bezirk, da sie insbesondere für junge Familien und Senioren einen hohen Freizeitwert haben und auch Urlaubsort für Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen sind.

2. Aktive Wirtschaftspolitik betreiben

Die von der CDU zu verantwortende Wirtschaftspolitik in Berlin zeigt eindeutige Erfolge. Dies sind ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und mehr Investitionen. Hier gilt es, auch im Bezirk mit einer aktiven Wirtschaftspolitik anzuknüpfen. Auf Bezirksebene ist Wirtschaftspolitik in erster Linie Standortpolitik. Deshalb müssen wir unsere Infrastrukturinvestitionen im Bezirk stärker auf dieses Ziel ausrichten. Dies gilt auch für die Vereinfachung von Verwaltungswegen bei der Neugründung oder Erweiterung von Unternehmen.



Die CDU fordert daher:

Die Wirtschaftsförderung in Tempelhof-Schöneberg muss wieder Chefsache werden. Die Wirtschaftsförderung in Berlin hat mit der Schwerpunktsetzung auf die Ansiedlung spezieller Branchen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre gehabt. Dies fehlt uns im Bezirk. Leider wird die Bedeutung der bezirk-

lichen Wirtschaftsförderung derzeit von Rot-Grün nicht erkannt. In der aktuellen "Berlin Strategie 2030", das Stadtentwicklungskonzept des Senats, ist der Bezirk Tempelhof-Schöneberg im zukünftigen Handlungsfeld Wirtschaft nicht einmal erwähnt. Selbst das EUREF am Gasometer Schöneberg wird als wichtiger Forschungsstandort für die zukunftsfähige Energy and Green Technology ignoriert. Während sich die Berliner Wirtschaft rasant entwickelt, ruht sich die Bezirksbürgermeisterin auf der Industrie- und Gewerbegeschichte des Bezirks aus.



Die CDU wird mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung ein wirksames Wirtschafts- und Gewerbemanagement aufbauen, das - ergänzt um die Kenntnisse aus der Stadtplanung, der Sozialraumorientierung und dem Gewerbeamt - eine

Mittler- und Koordinationsfunktion übernimmt. Wichtig ist eine einheitliche und vor allem erreichbare Anlaufstelle im Bezirk für Neugründer, Investoren und ortsansässige Unternehmen, die auch eine Beschleunigung von notwendigen Genehmigungsverfahren erreichen soll.

- Die positiven Effekte, die sich aus Inbetriebnahme des neuen Flughafens in Schönefeld für unseren Bezirk ergeben werden, dürfen vom Bezirksamt nicht länger verschlafen werden, sondern müssen als Standortvorteil genutzt werden. Der Bezirk braucht eine klare Strategie und Vorstellungen darüber, auf welche Wirtschaftsbranchen sich Marketing- und Förderaktivitäten konzentrieren sollen. Gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Verbänden wollen wir eine einheitliche Strategie für den Bezirk entwickeln.
- Das Standortmarketing des Bezirks muss verbessert werden. Dieses kann am glaubhaftesten vor Ort und gemeinsam mit ortsansässigen namhaften Unternehmerinnen und Unternehmern geschehen. Hierzu muss das Profil des Bezirks überdacht werden, wenn sich Tempelhof-Schöneberg von anderen Bezirken abheben möchte. Die Förderaktivitäten des Bezirks sind im Sinne einer Gesamtstrategie entsprechend anzupassen.
- Erhalt und Aufwertung der wirtschaftlich erfolgreichen Wochenmärkte und Großveranstaltungen im Bezirk. Über den Bezirk kann die Unterstützung sinnvoller Werbemaßnahmen als Beitrag für das Standortmarketing erfolgen.
- Zur Steigerung der Attraktivität von Einkaufsstraßen gehören auch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Gewährleistung von ausreichenden Parkmöglichkeiten. Parkraumbewirtschaftung oder Parkscheibenregelungen können hierfür genauso einen Beitrag leisten wie die zeitliche Begrenzung von Busspuren. Die bezirklichen Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren sind deshalb im Hinblick auf Käuferverhalten und Aufenthaltsqualität zu untersuchen und ein entsprechendes Maßnahmen- und Finanzierungskonzept gemeinsam mit Hauseigentümern und Einzelhandelsinitiativen zu entwickeln.
- Wir brauchen für die unterschiedlichen Bereiche des Bezirks endlich individuelle Tourismuskonzepte. Besondere Bedeutung hat dabei das Berlin der Westalliierten mit dem Kontrollratsgebäude im Kleistpark, dem Rathaus Schöneberg als Sitz der Regierung West-Berlins, dem RIAS-Gebäude, dem Flughafen Tempelhof und dem Alliiertenmuseum im Flughafengebäude.
- In unserem Bezirk befinden sich viele der wichtigsten Standorte des geteilten Berlins. Unter Einbeziehung des Checkpoint Charlie gibt es in Berlin keine vergleichbare Ansammlung von Standorten internationaler Nachkriegsgeschichte des geteilten Deutschlands. Mit einem vernünftigen Konzept bieten sich durchaus Chancen zur Aufnahme in internationale Reiseführer, um zusätzliche Kaufkraft für den Einzelhandel zu gewinnen.



• Im Süden Tempelhof-Schönebergs, in Lichtenrade und Marienfelde, müssen Angebote besser vernetzt und gemeinschaftlich mit den angrenzenden Brandenburger Landkreisen beworben werden. Dies gilt zum Beispiel für regionale

gastronomische Angebote wie das der "Brandenburger Gastlichkeit". Ein zusätzlicher Fokus soll dabei auch auf mögliche Flächen für Hotelstandorte in Lichtenrade und Marienfelde gelegt werden, um Angebote für Interessenten im Rahmen der BER-Eröffnung bereitstellen zu können. Der Aufbau von Übernachtungsmöglichkeiten könnte auch der Lichtenrader Bahnhofstraße neue wirtschaftliche Dynamik geben.



• Die bestehenden Unternehmensnetzwerke am Südkreuz, in der Motzener Straße und in der Großbeerenstraße sind eine Erfolgsgeschichte. Sie müssen durch die Bezirkspolitik weiter gestärkt und ausgebaut werden.

3. Wohnen im Bezirk

Der große Bedarf an bezahlbaren Miet- und Eigentumswohnungen führt auch in unserem Bezirk zu teilweise drastischen Mietsteigerungen beziehungsweise Kaufpreiserhöhungen für Eigentumswohnungen. Dies gilt insbesondere für Wohnraum in der Innenstadt. Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und damit auch die Angst vor Verdrängung aus dem Kiez ist deshalb groß. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Ursachen steigender Mieten bekämpft werden. Der beste Schutz vor Mietsteigerungen ist ein ausgegliche-

ner Wohnungsmarkt: Deshalb brauchen wir mehr Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Unser Bezirk ist mit seinen 594 von insgesamt 20.802 in Berlin fertiggestellten Wohnungen in der Zeit von 2012 bis 2014 mit lediglich 2,9 Prozent an der Neubauquote beteiligt. Das ist eine Bankrotterklärung des Grün-geführten Stadtentwicklungsressorts im Bezirk. Diese geringe Neubaurate geht zu Lasten der Menschen in Tempelhof-Schöneberg, die keinen Wohnraum finden. Hier muss dringend umgesteuert werden.



Wohnungsneubau

Wir brauchen sowohl Mietwohnungen als auch Eigentumswohnungen in allen Marktsegmenten. Der Schwerpunkt muss dabei jedoch auf bezahlbaren Mietwohnungen liegen, denn hier besteht in Berlin der größte Bedarf. Wir müssen aber auch auf die Herausforderungen des Klimawandels und eine immer älter werdende Gesellschaft reagieren. Daher brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen, um energetische Sanierungen und altersgerechten Umbau sozialverträglich zu gestalten.

Die CDU fordert daher:

- Weitere Neubaugebiete mit mehr als 300 Wohneinheiten müssen im Bezirk ausgewiesen werden. Hierzu bieten sich ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen insbesondere in den Ortsteilen Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde an.
- Noch verbliebene Brachen in den bereits hochverdichteten Ortsteilen Schöneberg und Friedenau werden auf ihre Bebaubarkeit überprüft. Dazu gehören insbesondere Grundstücke im Eigentum öffentlicher Gesellschaften (zum Beispiel BSR).



 Die Regelungen des Dachgeschossausbaus sind zu vereinfachen, um auch hierüber neuen Wohnraum zu realisieren. Hierbei muss jedoch in jedem Einzelfall die städtebauliche Situation und die Situation der Bestandsmieter beurteilt werden, ansonsten entstehen neue städtebauliche Missstände, welche die Wohnqualität des Quartiers beeinträchtigen.

- Bei der Suche nach Bauland wird die CDU die Flächen der Kleingartenkolonien ausnehmen. Sie haben eine lange Tradition im Bezirk und wir brauchen sie als individuelle Naherholungsgebiete für Familien.
- Öffentliche Grundstücke sollen kostenlos oder vergünstigt an öffentliche Bauherren oder Genossenschaften vergeben werden, um damit den Quadratmeterpreis für den Neubau von Wohnungen zu verringern. Das Ziel, bezahlbare Wohnungen neu zu schaffen, ist vertraglich sicherzustellen.
- Bei Neubauvorhaben ist aufgrund des demographischen Wandels Wohnraum einzuplanen, der sich für Seniorenwohngemeinschaften oder vergleichbare Wohnformen eignet.
- Bei Neubauvorhaben bzw. der Sanierung von Bestandsgebäuden ist auch Wohnraum, der für studentisches Wohnen geeignet ist, einzuplanen.
- Die Fristen zur Schaffung von Planungsrecht bzw. Erteilung von Baurecht sind deutlich zu verkürzen. Ein Planungsprozess von fünf Jahren, wie er bei der Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofs Wilmersdorf inzwischen Realität geworden ist, darf angesichts der Wohnungsnot nicht mehr vorkommen.
- Neue Wohnungen bedeuten mehr Autos und damit mehr Bedarf an Parkplätzen. Darauf ist bei Stadtplanung und Baugenehmigungen zu achten. Bauherren muss die Möglichkeit gegeben werden, Parkplätze in gewünschtem Maße bereitzustellen.

Ein- und Zweifamilienhäuser

Wir wollen gerade jungen Familien Raum geben. Deswegen setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass ausreichend Bauland für Einfamilienhäuser, insbesondere in den südlichen Bezirksteilen, ausgewiesen wird. Mit dem Eintritt der CDU in die Berliner Landesregierung im Jahr 2011 hat die CDU ihr Wahlversprechen erfüllt und das ungerechte und ineffiziente Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft. Dies hat den betroffenen Eigentümern selbstgenutzter Immobilien mehr finanzielle Sicherheit gegeben.

Wohnumfeld

Bei allen zusätzlichen Baumaßnahmen in hochverdichteten Bereichen wird die CDU darauf achten, dass sich die Wohnverhältnisse der bisherigen Bewohner nicht verschlechtern. Der Umfang von Dachausbauten, Aufstockungen und Anbauten muss so erfolgen, dass ein Zugewinn an Wohnqualität für alle Mieter und Wohnungseigentümer entsteht. Ansonsten gilt der Grundsatz "Weniger ist Mehr".

Parallel zur Schaffung von neuem Wohnraum müssen auch ausreichend Kapazitäten an Schulplätzen, Kindertagesstätten und vergleichbarer sozialer Infrastruktur vorhanden oder zumindest ausbaubar sein.

Bei größeren Neubauvorhaben ist parallel zum Wohnungsbau die soziale Infrastruktur durch die öffentliche Hand zu planen und zeitgleich zu realisieren. Zusätzlich sind auch entsprechende Ruhezonen wie Plätze oder Pocketparks vorzusehen. Die moderne Stadt

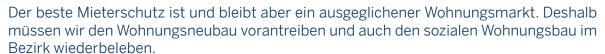
ist ein Wechselspiel aus Urbanität und Ruhezonen. Nur wer dies berücksichtigt, wird langfristig attraktive Stadtquartiere in Berlin haben.

Mieterschutz

Berlin ist eine wachsende Stadt. Folglich nehmen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und damit auch die Angst vor Verdrängung zu. Das wollen wir nicht, sondern treten für sozial gemischte Wohnquartiere ein. Sie sind die beste Grundlage zur Vermeidung sozialer Brennpunkte und zur Integration aller Bevölkerungsschichten. Deshalb hat die CDU im Bund und im Land Berlin in den letzten fünf Jahren ein vielfältiges Geflecht von Mieterschutzregelungen geschaffen. Dazu gehören:



- Der verlängerte Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre.
- Die Reglementierung der Umnutzung von Miet- in Ferienwohnungen durch die Zweckentfremdungsverbotsverordnung.
- Die stärkere Begrenzung von Mieterhöhungen und Modernisierungsumlagen bei Bestandsmietern durch den Bundesgesetzgeber mit Hilfe der Kappungsgrenzenverordnung.
- Die Einführung der Mietpreisbremse, wodurch die Mieten bei neuen Mietverträgen auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Das wirkt insgesamt dämpfend auf die Mietenentwicklung.
- Der Schutz der Mieter vor Umwandlung in Eigentumswohnungen in sozialen Erhaltungssatzungsgebieten.



Auf Bezirksebene soll die Möglichkeit des Erlasses sozialer Erhaltungsverordnungen dem Schutz von Mietern und der Verhinderung von Verdrängungseffekten dienen. Tempelhof-Schöneberg hat zurzeit im Ortsteil Schöneberg fünf soziale Erhaltungsverordnungen festgesetzt. Bei weiteren Gebieten werden wir, wie in der Vergangenheit, für jeden Bereich individuell prüfen, ob mit Hilfe einer Erhaltungssatzung das Ziel eines gemischten Wohnquartiers erreicht werden kann.

Parks- und Straßengrün

Unsere Ansprüche an Wohnqualität haben sich verändert. Heute geht es nicht nur um eine schöne Wohnung, es geht auch um wohnungsnahe Grünanlagen und mehr Natur - auch in der Innenstadt. Wir haben im innerstädtischen Bereich mit dem Gleisdreieckpark und dem Tempelhofer Feld zwei große neue Stadtteilparks bekommen. Dies wird die Attraktivität der anliegenden Wohngebiete steigern. Der Schwerpunkt der nächsten Jahre muss deshalb auf Erhalt und Verbesserung der bestehenden Anlagen liegen.



Die CDU fordert daher:

- Der vorhandene Etat ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aufzustocken und die zusätzlichen Mittel sind auf die Instandhaltung der besonders beliebten Park- und Grünanlagen zu konzentrieren.
- Die Anzahl der Bänke in den Grünanlagen soll wieder erhöht werden. Für die Bänke können Spender und Sponsoren geworben werden, wie es in vielen deutschen Gemeinden üblich ist.

- Künftig ist die Förderung von privaten Patenschaften bei der Bepflanzung von Baumscheiben stärker zu unterstützen. Es ist zu prüfen, ob Bürger- oder Anwohnerinitiativen die Pflege kleinerer Grünanlagen im Auftrag des Bezirksamtes durchführen können.
- Die Anzahl der gefällten Bäume wird in vollem Umfang wieder ersetzt. Wir knüpfen damit an die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre an, wo dies dem von der CDU-geführten Ressort weitgehend gelungen ist. Straßenbäume sind wichtig für das Stadtklima und das Wohlbefinden der Bewohner.
- Die Anzahl der Abfallbehälter in den Grünanlagen wird wieder erhöht. Wir wollen es den Bewohnern erleichtern, ihre Grünanlagen sauber zu halten.



4. Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld verbessern

Unser Bezirk wird seit Jahren teilweise als verwahrlost und verschmutzt wahrgenommen. Lebensqualität und subjektive Sicherheit werden aber auch durch das Erscheinungsbild unserer öffentlichen Anlagen geprägt. Die Sicherheit und Ordnung wird im Bezirk neben der Polizei hauptsächlich von den Mitarbeitern des Ordnungsamtes ("Kiezpolizei") gewährleistet. Leider ist die "Kiezpolizei" bei der Umsetzung der vielen verschiedenen Gesetze (Leinenzwang für Hunde, Hundekotbeseitigung, Graffitibekämpfung, illegale Ferienwohnungen identifizieren usw.) auf-



grund der Personalsituation oft überfordert. Die Organisationsstruktur des Ordnungsamtes muss außerdem dringend verbessert werden - so kann es beispielsweise nicht sein, dass die Stelle des Ordnungsamtsleiters vom zuständigen SPD-Stadtrat seit Jahren nicht besetzt wird. Dazu kommt ein zunehmender Mangel an Respekt gegenüber Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsamt. Sie sind Garanten für die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und den Schutz der Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk. Beleidigungen oder Gewalt gegen Ordnungshüter sind deshalb nicht zu akzeptieren, sie müssen entschieden verfolgt und geahndet werden. Wir brauchen eine Kultur der Solidarität, des Respekts und der Wertschätzung der Arbeit unserer Polizeibeamten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Daher muss sowohl gesetzgeberisch als auch behördlich alles getan werden, um eine Verbesserung der jetzigen Situation zu erreichen.

Die CDU fordert daher:

 Die Ordnungsämter erhalten endlich eine hinreichende Aufstockung des Außendienstpersonals, um mehr Präsenz im "Kiez" zeigen zu können. Weiterhin sind die rechtlichen Kompetenzen des Ordnungsamts zu überprüfen und sinnvoll zu erweitern.



 Die Sicherheit im öffentlichen Straßenland wird erhöht. Dies kann unter anderem durch Präsenz von Sicherheitskräften in den Abendstunden und durch eine bessere Beleuchtung von nicht oder nur unzureichend beleuchteten Straßen, Plätzen und Parkanlagen erfolgen. Insbesondere Licht sorgt für mehr objektive und subjektive Sicherheit. Der Verwahrlosung des Bezirkes durch unerlaubte Abfallentsorgung, insbesondere in den Grünanlagen, ist energisch entgegenzutreten. Hierfür brauchen wir eine höhere Kontrolldichte und eine ausreichende Anzahl und Größe von Abfallbehältern. Die Unterstützung bei der Reinigung der Grünanlagen durch die Berliner Stadtreinigung begrüßen wir. Fahrradwracks und illegale Altkleidercontainer sind konsequent aus dem öffentlichen Straßenland zu entfernen.



- Der übermäßige oder störende Alkoholkonsum und der Drogenmissbrauch in der Öffentlichkeit muss entschieden bekämpft werden.
- Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum müssen wieder ein Grundanliegen im Bezirk werden. Die Attraktivität, subjektive Sicherheit und Aufenthaltsqualität hängen entscheidend von diesen Parametern ab. Deshalb muss das Bezirksamt befähigt werden, bei Graffitibeschädigungen, illegaler Müllentsorgung oder anderen Störungen der öffentlichen Ordnung möglichst innerhalb von 48 Stunden wieder den Ursprungszustand herzustellen.
- Der Gewalttätigkeit und Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen ist frühzeitig und wirksam entgegenzutreten. Bereits der Einstieg in eine "kriminelle Karriere" muss schnell erkannt und verhindert werden. Wir setzen uns deshalb für eine enge Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Jugendamt ein.
- Die Präsenz der Polizei zu präventiven Zwecken, insbesondere in den Nachtstunden, wird wieder erhöht, um auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern. Dabei ist speziellen Kriminalitätsphänomenen, die sich beispielsweise an der Landesgrenze zu Brandenburg ergeben (KFZ-Diebstahl, Wohnungseinbrüche etc.), besondere Beachtung zu schenken.
- Das steigende Phänomen des offenen Bettelns, insbesondere von und mit Kindern, wird mit Hilfe der Ordnungsbehörden unterbunden. Ein richtiger und konsequenter Schritt ist dabei die durch den Senat bereits verabschiedete Bettelverordnung des Landes Berlin. Damit diese Regelung auch Wirkung zeigt, ist auch ein Zusammenwirken mit den Gewerbetreibenden erforderlich, deren Kunden durch die zunehmende Bettlerszene abgeschreckt werden.
- Die Bekämpfung von Kriminalität soll auch mit Hilfe neuer technischer Entwicklungen erfolgen. So steht die CDU dafür ein, dass Kriminalitätsschwerpunkte und alle Bahnhöfe mit Kameras ausgestattet werden. Opferschutz geht vor Täterschutz!

5. Verkehr - wir suchen individuelle Lösungen

Ohne gut ausgebaute, für alle Verkehrsteilnehmer sichere und nutzbare Verkehrswege gehen wichtige Investitionen und Arbeitsplätze verloren. Insgesamt sind rund 60 Prozent des gesamten motorisierten Verkehrs in Berlin Wirtschaftsverkehr. Verkehr ist keine allein durch den Bezirk zu beeinflussende Größe, sondern ist von den Entscheidungen anderer Bezirke beziehungsweise des Landes Berlin abhängig. Weder Tempelhof-Schöneberg noch Berlin werden die Verkehrsprobleme der wachsenden Stadt durch Auto, Fahrrad, Carsharing oder öffentlichen Nahverkehr allein lösen



können. Darum brauchen wir Ideen, die intelligente Verbundlösungen für die Verkehrsteilnehmer anbieten. Es ist wichtig, so viele Schnittstellen zwischen Individualverkehr und öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) wie möglich anzubieten, denn nur mit dem ÖPNV können viele Menschen in relativ kurzer Zeit zu ihren Arbeitsplätzen im Berliner Stadtzentrum gebracht werden. Die wachsende Stadt lässt ein "weiter so" in der Verkehrspolitik nicht mehr zu. Wir brauchen endlich ein mit dem Land Brandenburg abgestimmtes Verkehrskonzept, das den fast 200.000 Pendlern täglich ein attraktives



Angebot macht, wie sie per Regional- oder S-Bahn ihre Arbeitsplätze in Berlin erreichen können. Verkehrspolitik braucht keine Weltanschauung, sondern praktikable Lösungen für die Bedürfnisse der Bürger nach Mobilität. Dafür steht die CDU.

Motorisierter Verkehr

Die Verkehrsflächen insbesondere in der Innenstadt sind begrenzt und müssen gleichermaßen allen Verkehrsteilnehmern eine sichere und akzeptable Transportmöglichkeit bieten. Um eine Entlastung der Verkehrswege vom individuellen Verkehr zu erreichen, muss weiter für das Verständnis geworben werden, dass zum Beispiel die Mehrfachnutzung von PKWs oder Fahrgemeinschaften vernünftig sind. Die CDU wirbt dafür, die Carsharing-Angebote insbesondere in unserem Bezirk weiter auszubauen. Wir wenden uns aber auch gegen die undifferenzierte und ideologische Verteufelung von motorisiertem Individualverkehr.



Die CDU fordert daher:

unserem Bezirk.

- Der Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen muss flüssiger werden. Dies ist Ausdruck umweltpolitischer Vernunft, um zum Beispiel Lärm-, Abgasund Feinstaubbelastungen (unter anderem verstärkt bei Brems- und Beschleunigungsvorgängen) auf das erzielbare Minimum zu reduzieren. Deshalb sind intelligente und optimierte Ampelschaltungen - unter Berücksichtigung der jeweils vorgegebenen Geschwindigkeiten für unterschiedliche Tageszeiten - zu ermitteln und zu programmieren.
- Das illegale, aber in Berlin weitestgehend nicht geahndete "Parken in zweiter Spur" durch PKWs und LKWs muss unterbunden werden, denn dadurch entsteht ein nicht unwesentlicher Teil von Staus im Hauptstraßennetz. Hier bedarf es endlich einer ausreichenden Kontrolldichte auf den Straßen in
- Bei Wegfall von PKW-Stellplätzen im Bereich der Innenstadt soll in räumlicher Nähe entsprechender Ersatz bereitgestellt werden. Die systematische Vernichtung von Stellplätzen in der Innenstadt mit dem Ziel einer Fahrzeugreduzierung war weder in Berlin noch ich anderen Metropolen erfolgreich. Beim Bau neuer Wohnungen muss den Bauherren die Möglichkeit gegeben werden, PKW-Stellplätze in dem von ihnen gewünschten Umfang bereitzustellen. Die bisher geübte Praxis der grünen Stadträtin für Stadtentwicklung steht im direkten Gegensatz dazu.
- Grundsätzlich ist ein Verkehrskonzept für die Bundesstraßen B 96 (Tempelhofer und Lichtenrader Damm) und B 101 vom Senat abzufordern, mit dem insbesondere der Schwerlastverkehr reduziert werden kann.
- Die Ausweitung von Tempo-30-Zonen vor dem Mariendorfer Markt und auf dem Tempelhofer Damm lehnt die CDU ab. Der Tempelhofer und Mariendorfer Damm

ist die einzig funktionsfähige Nord-Süd-Verbindung zwischen dem Berliner Stadtzentrum und der Grenze zum Land Brandenburg.

- Bei jeder Erneuerung großflächiger Straßenbereiche sollen künftig lärmmindernde Fahrbahnbeläge verwendet werden.
 Zur Realisierung dieser Forderung sind gegebenenfalls Umwelt-Sondermittel einzuwerben.
- Elektrotank- oder Versorgungsstellen über Lichtmaste sollen ausgebaut werden. Hierfür bieten sich insbesondere in den Abendstunden ungenutzte Parkplätze von Baumärkten oder vergleichbaren Einzelhandelsbetrieben an. Sind entsprechende Regelungen für die Eigentümer attraktiv, werden automatisch praktikable Lösungen angeboten. Auf diesem Wege kann neben der Förderung zur E-Mobilität in Berlin auch zur Schadstoffentlastung beigetragen werden.
- Das Carsharing-Angebot soll in den Stadtrandbereichen verstärkt ausgebaut werden, damit verkehrsentlastende Maßnahmen in allen Bezirksteilen erreicht werden können.

Fußgänger- und Radverkehr

Verkehrspolitik muss die Belange der schwächsten Verkehrsteilnehmer, also der Fußgänger - insbesondere Kinder, Senioren und mobilitätsbehinderte Personen - bei der Gestaltung der öffentlichen Verkehrsräume berücksichtigen. Fahrradverkehr ist ökologisch sinnvoll und bietet eine schnelle und kostengünstige Alternative zum motorisierten Verkehr. Er muss seinen eigenen festen Platz in einem Berliner Verkehrskonzept haben.



Die CDU fordert daher:

- Auf stärker befahrenen Straßen müssen sichere Übergänge für Fußgänger gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen geschaffen werden. Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige, auch gefühlte Sicherheit vermitteln.
- Bei jeder Baumaßnahme, auch im Bereich der Nebenstraßen, ist verstärkt ein behindertengerechter Umbau durch Absenken der Bordsteine vorzunehmen sowie der forcierte Ausbau von Blindenampeln und Blindenleitstreifen zu gewährleisten. Hier konnte zwar in den letzten Jahren durch das von der CDU geführte Bauressort einiges erreicht werden, aber es liegt noch ein langer Weg bis zu einer befriedigenden Situation vor uns.
- Das Fahrradnebenroutenkonzept im Bezirk wurde auch auf Initiative der CDU entwickelt. Nun gilt es, dies auch konsequent mit zusätzlichem Personal und Geld zu realisieren, um die Attraktivität und insbesondere die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu verbessern.
- Für Pendler müssen Möglichkeiten geschaffen werden, im öffentlichen Nahverkehr das Fahrrad besser transportieren zu können. Hierfür brauchen sie sowohl in der U-Bahn aber insbesondere bei der S-Bahn mehr spezielle Wagen, in denen die Fahrräder mitgenommen werden können.
- Die Anbindung an das Schnellbahnnetz von U- und S-Bahn ist in unserem Bezirk gut.

Zur besseren Vernetzung auch mit anderen Verkehrsträgern ist ein Schwerpunkt auf die Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten, gegebenenfalls überdacht und platzsparend, an allen wichtigen Bahnstationen im Bezirk zu legen.

 Die Beachtung, Akzeptanz und Einhaltung von Verkehrsregeln ist zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auch von Radfahrern einzufordern und umfassender zu überwachen. Die daraus entstehenden zusätzlichen Einnahmen könnten den Bezirken gezielt zum Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr zur Verfügung gestellt werden.





Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Nahverkehr in Berlin stellt einen wichtigen Faktor zur Lebensfähigkeit unserer Stadt dar. Das Angebot wurde in der Phase der schrumpfenden Stadt systematisch reduziert, in den letzten Jahren trotz eines Bevölkerungszuwachses von mehr als 200.000 Menschen jedoch nicht nennenswert ausgebaut. Wir brauchen deshalb endlich ein ge-

meinsames Verkehrskonzept für den ÖPNV in Berlin und den Umlandgemeinden, das der stetig wachsenden Pendlerzahl und dem wirtschaftlichen Wiedererstarken Berlins entspricht. Dazu gehört ein deutlich erhöhtes Investitionsprogramm für zusätzliche Schienenfahrzeuge und Busse sowie für Großgaragen mit mehreren tausend Fahrzeugen an den Endpunkten der Regionalbahn beziehungsweise S-Bahn und attraktive Kombitickets für Pendler. Der ÖPNV soll das Rückgrat der Berliner Verkehrsinfrastruktur werden, dazu muss er aber auch von der Kapazität her in die Lage versetzt werden.



Die CDU fordert daher:

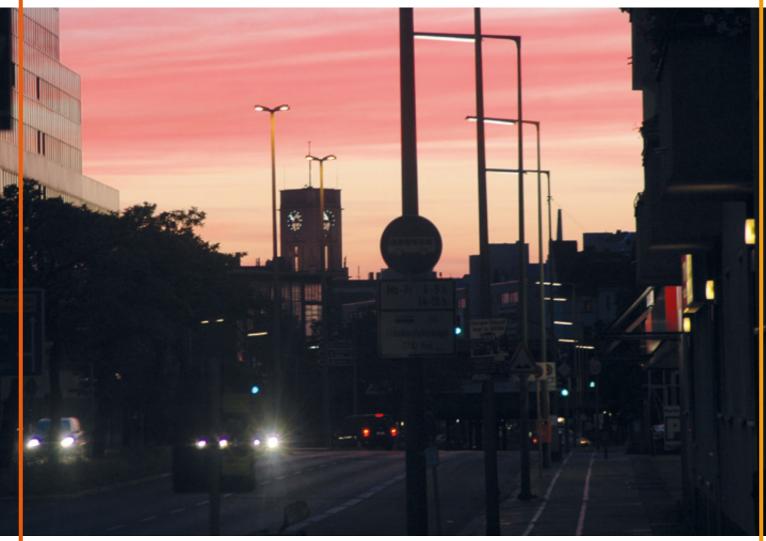
- Die Taktzeiten auf den U- und S-Bahnlinien während der Hauptverkehrszeiten sollen deutlich verbessert werden.
- Das Busnetz in Tempelhof-Schöneberg muss im Hinblick auf die wachsende Stadt überarbeitet und verbessert werden.
- Park&Ride-Plätze an Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs im Süden des Bezirks, zum Beispiel am U-Bahnhof Alt-Mariendorf oder S-Bahnhof Buckower Chaussee sind nicht weiter zu reduzieren, sondern auszuweiten. Auch hier ist über intelligente und gebietsverträgliche Parkhauslösungen und Kombitickets nachzudenken, um insbesondere den Pendlerverkehr in die Innenstadt zu minimieren. Solche Lösungen werden für den Autofahrer nicht kostenlos angeboten werden können.



- Die Schaffung von bedarfsgerechten Großgaragen im Umfeld der S-Bahnhöfe Mahlow und Blankenfelde sind ein sinnvolles und verkehrsentlastendes Angebot für Pendler aus dem Umland. Damit sind attraktive Kombitickets zu verbinden.
- Mittelfristig werden zwei neue S- Bahnhöfe im Bezirk benötigt:
 - 1. an der S2 zwischen den Bahnhöfen Attilastraße und Marienfelde in Höhe Kamenzer Damm und
 - 2. an der Ringbahn zwischen den S-Bahnhöfen Tempelhof und Hermannstraße an der Oberlandstraße.
- Der Ausbau des Umsteigeknotens an der Yorckstraße hat oberste Priorität und muss nun endlich erfolgen. Die jetzige Situation ist eine Notlösung der Nachkriegszeit.
- Die Elektrobuslinie 204, Südkreuz Bahnhof Zoo, ist auf Initiative der CDU Tempelhof-Schöneberg als Pilotprojekt ausgewählt worden. Hier sind die Erfahrungen kontinuierlich auszuwerten und gegebenenfalls weitere Linien auf Elektrobetrieb umzustellen.







III. Mit Leidenschaft für Bildung für Erziehung

Nach einer Unmenge von Reformen zwischen 2001 und 2011 konnte mit der CDU in der

Regierungsverantwortung endlich Ruhe in die Schullandschaft einkehren. Die Schulen können sich auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren und müssen ihre Kräfte nicht ständig für Umorganisationen aufgrund neuer Reformvorhaben aufwenden. Die CDU hat es außerdem geschafft, einige Fehlentscheidungen der Bildungspolitik von SPD und DIE LINKE zu korrigieren:



- Die Grundschulen können nunmehr selbst entscheiden, ob sie jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL) oder Unterricht im Klassenverband anbieten wollen. Nachdem der Zwang zum JüL abgeschafft worden ist, hat sich die Mehrzahl der Berliner Grundschulen entschieden, im Klassenverband zu unterrichten.
- Die Verpflichtung zur Früheinschulung von fünfjährigen Kindern wurde 2016 abgeschafft.
- Das Verfahren der "Schülerlotterie" bei der Aufnahme an die Oberschulen konnte verbessert werden. Künftig gilt, wenn ein Kind der Familie die gewünschte Schule bereits besucht, werden die übrigen Kinder bei gleichem Schulwunsch bei der Platzvergabe vorrangig berücksichtigt. Zusätzlich haben im Bezirk wohnende Kinder beim Zweitwunsch Vorrang vor Kindern aus anderen Bezirken.



1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem

Die Zuständigkeiten des Bezirks im Schulbereich erstrecken sich auf die "äußeren Schulangelegenheiten", das heißt auf die Schulentwicklungsplanung, die Einrichtung und den Erhalt von Schulgebäuden und das bedarfsgerechte Angebot von Schulplätzen. Damit untrennbar verbunden bleiben jedoch pädagogische und organisatorische Fragestellungen, die im Wechselspiel zwischen dem Land Berlin und dem Bezirk gelöst werden müssen. Auch können von den Bezirken Initiativen ausgehen, die Einfluss auf die Landespolitik nehmen. Dies hat die CDU in Tempelhof-Schöneberg mit Erfolg betrieben.

 Auf Initiative des von der CDU geführten Bildungsressorts werden gemeinsam mit den Ressorts Jugend und Stadtplanung passgenaue Bildungsangebote des lebenslangen Lernens für die Region Lichtenrade entwickelt. Der Auftrag von Schulen und Lehrkräften geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Kompetenzen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Durch eine stärkere Identifikation mit der eigenen Schule wird eine höhere Bereitschaft erreicht, sich für die Schulgemeinschaft einzusetzen und das Lernklima zu verbessern. Deshalb unterstützen wir



unsere Schulen zum Beispiel bei der Profilbildung und begleiten eigenverantwortlich initiierte Vorhaben aktiv in den Gremien des Bezirks.

- Wir haben erfolgreich seit Jahren die Veröffentlichung der Schulergebnisse bei Vergleichsarbeiten zum Beispiel beim mittleren Schulabschluss im Internet gefordert. Transparenz hilft Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bei der Schulwahl. Nur im erfolgreichen Zusammenwirken aller Beteiligten kann ein leistungsfähiges Schulsystem entstehen.
 - Schule hat begonnen
- Die Schule soll junge Menschen auf das spätere Berufsleben vorbereiten. Wir begrüßen die Schaffung der Jugendberufsagentur, die zum Ziel hat, alle Schülerinnen und Schüler dahingehend zu begleiten, dass sie nach der Schule eine Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen. Wichtig ist, dass es bereits während der Schulzeit regelmäßig über das Schulpraktikum hinaus die Möglichkeit gibt, stärker mit Handwerk, Handel und Industrie in Kontakt zu kommen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Schulen aufmerksamer werden und Fehlzeiten von Schülern nachgehen. Zum einen muss die Schulpflicht konsequent umgesetzt werden, zum anderen können häufige Fehlzeiten Zeichen familiärer Probleme sein, wo gegebenenfalls im Sinne des Kindeswohls interveniert werden muss.

2. Den baulichen Zustand der Schulen verbessern

Der bauliche Zustand vieler Schulen und Schulsporthallen ist schlecht, da ab Mitte der 90er Jahre zu wenig Geld für Renovierungen und Sanierungen zur Verfügung stand. Dadurch ist ein Instandhaltungsrückstau von etwa 200 Millionen Euro allein in unserem Be-

zirk entstanden. Auf Initiative der CDU hat das Land Berlin das Geld für die Bezirke zur Sanierung von Schul- und Sportanlagen mehr als verdoppelt. Im Bezirk hat die CDU mit ihrer Ressortverantwortung für die Bereiche Bauen und Schule ihren Schwerpunkt in die Bereiche Toiletten- und Gebäudesanierung mit Hilfe von Sonderprogrammen gelegt. So wird in Kürze die Carl-Sonnenschein-Grundschule in Mariendorf mit Hilfe zusätzlich gewonnener Fördermittel in Millionenhöhe barrierefrei und energieeffizient grundsaniert sein.



Aus den Haushaltsüberschüssen des Landes Berlin in 2015 wurden für unseren Bezirk zusätzliche 5,9 Millionen Euro für Baumaßnahmen an der Johanna-Eck-Schule und die Sanierung der Sporthalle in der Schwalbacher Straße zur Verfügung gestellt. Zusätzlich konnten aus überbezirklichen Investitionsgeldern des Landes Berlin insgesamt ca. 70 Millionen Euro für den Neubau der Gustav-Heinemann-Schule in Marienfelde, die Grundsanierung inklusive Umbau der Friedenauer Gemeinschaftsschule und die Schwammsanierung des Luise-Henriette-Gymnasiums für den Bezirk gesichert werden.

Dem gegenüber steht eine rot-grüne Politik in unserem Bezirk, die seit 2011 fast keine eigenen Investitionsmitteln mehr für die Schulen bereitgestellt hat. Stattdessen wurden 13 Millionen Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern und weitere rund 20 Millionen Euro an Investitionsmitteln im Wesentlichen für die Sanierung der Rathäuser und Bürodienstgebäude verwendet. Das haben wir als CDU immer kritisiert und wollen es in der nächsten Wahlperiode endlich ändern!



Wenn sich Schulen ein eigenes Profil geben, muss dabei zugleich mitbedacht werden,

III. Mit Leidenschaft für Bildung für Erziehung

dass die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hierfür benötigen wir finanzielle Ressourcen für eine schnelle Umsetzung. Aufgrund steigender Schülerzahlen müssen wir vorhandene Standorte rechtzeitig ertüchtigen und erweitern. Rot-Grün im Bezirk droht diese Entwicklung aufgrund ihrer falschen Prioritätensetzung zu verschlafen.

3. Für eine vielfältige Bildungslandschaft eintreten

Die Qualität zahlreicher Schulen in unserem Bezirk ist hervorragend. Dies belegen eindrucksvoll die Anmeldezahlen insbesondere an vielen Oberschulen, die zu den nachgefragtesten in Berlin gehören. Die CDU betreibt pragmatische Schulpolitik statt auf Ideologie zu setzen. Für uns ist es wichtig, ein vielseitiges Angebot für unterschiedliche Schülergruppen bereitzuhalten. Deshalb sind wir gegen die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen, unterstützen jedoch nach Kräften die Entwicklung der Friedenauer Gemeinschaftsschule, da sie in unseren Augen einen wichtigen Beitrag für



die Vielfalt in der Schullandschaft leistet. Auf der anderen Seite gibt es leistungsstarke Kinder, für deren weiteren Bildungsweg der Wechsel von der Grundschule auf ein Gymnasium nach der 4. Klasse förderlich ist. Erfreulich ist es daher, dass vor wenigen Jahren am Eckener-Gymnasium ein zweiter grundständiger Zug mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt (MINT) ab Klasse 5 eingerichtet werden konnte.

Integration und Inklusion von Kindern mit Förderbedarf oder Behinderungen ist wichtig.

Gleichzeitig anerkennen wir jedoch den Wunsch der Eltern und die Realität, dass für nicht wenige dieser Kinder mit starken Einschränkungen der Besuch eines Förderzentrums (ehemals Sonderschulen) der bessere Weg für ihre Entwicklung ist. Inklusion kann nur mit entsprechender pädagogischer Ausbildung der Lehrer und ausreichender Personal- und Materialausstatung gelingen. Insofern ist unser Ziel nicht die Abschaffung dieses speziellen Schultypus, vielmehr haben wir die Marienfelder Steinwaldschule in ein modernes Förderzentrum umgebaut, um die bestmöglichen Voraus-



setzungen für eine gelungene Förderung der Kinder zu schaffen. Wer sein Kind auf ein Förderzentrum schicken möchte, soll nicht gezwungen werden, es auf eine Regelschule zu schicken.

Für die Betroffenen ist eine gute Beratung unabdingbar und zwar auch, um mögliche spätere Wechsel in die Regelschule zu unterstützen und zu begleiten. Aus diesem Grunde war es der CDU wichtig, dass in Tempelhof-Schöneberg ein SiBUZ (Schulpsychologisches und

inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum) eingerichtet wird. Dieses ist ein wertvoller Dienstleister und Impulsgeber für die gesamte Schullandschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass kurz- bis mittelfristig zusätzlich Räume für das SiBUZ angemietet werden, anstatt wertvolle, dringend benötigte Schulräume teuer zu Büroräumen für diese Einrichtung umzubauen. Eine Anmietung bedarf immer der Zustimmung des Landes Berlin.



Zur Vielfalt in der Bildungslandschaft gehören auch die Privatschulen. Diese benötigen faire Rahmenbedingungen einerseits, andererseits müssen sie sich auch dem System der Vergleichsarbeiten stellen, um Transparenz zu schaffen. Wir werden uns auch weiterhin gegen jeden Versuch der SPD wehren, die Privatschulen unattraktiv zu machen.

4. Einen erfolgreichen Start in der Schule sichern

Kinder kommen heute mit äußerst unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in die erste Klasse. Nachdem SPD und Linkspartei 2004 die Vorschule und damit eine zielgerichtete Vorbereitung auf die Schule abgeschafft haben, muss nun auf anderen Wegen der Übergang von der Kita in die Schule gemeistert werden. Wir fordern deshalb, dass für die Kitas verbindliche Lernziele aufgestellt werden, um nicht zu große Unterschiede im Leistungsniveau einer Schulklasse zu haben.



Nicht alle Kinder besuchen jedoch eine Kita. Das Sprachvermögen stellt für einen erfolgreichen Schulstart eine der wichtigsten Voraussetzungen dar. Wird festgestellt, dass das Sprachvermögen nicht ausreichend ist, organisiert das Schulamt für diese Kinder eine Fördermaßnahme vor Schuleintritt. Auf Initiative der CDU wurde die Förderung auf 18 Monate verlängert und zeitlich erheblich intensiviert (von 15 Stunden auf 25 Stunden pro Woche).

Ein Problem ist aktuell die recht hohe Zahl von Kindern mit Sprachförderbedarf. Hier müssen zukünftig an den Kitas ausreichend Plätze bereitgestellt werden, damit im Interesse der Kinder die gesetzliche Verpflichtung auch erfüllt werden kann.

Die Kinder, die aufgrund von Krieg und Verfolgung in Berlin als Flüchtlinge aufgenommen worden sind, werden in Tempelhof-Schöneberg so schnell wie möglich in speziellen Lerngruppen (Willkommensklassen) untergebracht, bis ihre Deutschkenntnisse ausreichend sind, um entsprechend ihrer Begabung in eine Regelklasse integriert zu werden. Hier haben der Bezirk und insbesondere die Schulen, an denen Willkommensklassen eingerichtet worden sind, seit 2011 eine enorme Leistung erbracht, denn die Zahl der Klassen wurde von elf auf über 70 zum Ende des Jahres 2015 erhöht.



5. Grundschule

Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass das jahrgangsübergreifende Lernen (JüL) nun nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig ist und es den Schulen überlassen wird, ob sie den Unterricht im Klassenverband oder im JüL anbieten wollen.

Die CDU will erreichen, dass die Grundschulen eigenverantwortlich entscheiden können, mit welchem Träger - öffentlich oder privat - sie im Ganztagsbetrieb zusammenarbeiten

und wann sie den Träger wechseln wollen. Hier darf niemand, auch nicht die Senatsbildungsverwaltung, in die Schule hineinregieren. Dies führt erfahrungsgemäß zu erheblichen Störungen im Schulbetrieb. Nur wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Hortbereich gewährleistet ist, kann Schule insgesamt eine erfolgreiche Bildungsarbeit leisten.



Inzwischen werden immer mehr Kinder für die Nachmittagsbetreuung im Hort angemeldet, so dass die ursprünglich prognostizierte Teilnahmequote vielerorts schon übertroffen wird. Dies hat zur Folge, dass mittelfristig mehr Platz für die Hortkinder angeboten werden muss, der nur durch qualifizierte bauliche Erweiterungen geschaffen werden kann. Hier wollen wir rechtzeitig reagieren und einen bedarfsgerech-

III. Mit Leidenschaft für Bildung für Erziehung

ten Ausbau erreichen.

Die Einwohneranzahl Tempelhof-Schönebergs wird in den nächsten Jahren wachsen. Zunehmender Wohnungsbau mit mehreren hundert Wohneinheiten wird zur Folge haben, dass sich die Einzugsbereiche einzelner Grundschulen verändern werden. Bei der Neuordnung von Schuleinzugsbereichen muss die Zugehörigkeit der Schule zu Wohnquartieren sowie ein möglichst kurzer und sicherer Schulweg der Kinder berücksichtigt werden.



Unterricht durch fachfremde Lehrer ist eine Notlösung und sollte nicht zum Regelfall werden. Studien haben gezeigt, dass insbesondere der Lernerfolg in Mathematik erheblich größer ist, wenn eine in der Fachrichtung Mathematik ausgebildete Lehrkraft unterrichtet. Hier wird bereits der Grundstock für Lernerfolg oder -misserfolg in der Oberschule gelegt. Daher wird sich die CDU dafür einsetzen, dass die Quote fachfremden Unterrichts gesenkt wird.

6. Oberschulen

Obwohl die Schulstrukturreform mit Abschaffung von Haupt- und Realschule zugunsten der Integrierten Sekundarschule (ISS) zum Schuljahr 2010/11 begann, ist die Übergangsphase noch immer nicht abgeschlessen. Insbesondere die Schaffung

gangsphase noch immer nicht abgeschlossen. Insbesondere die Schaffung der baulichen Voraussetzungen wie Mensen und Freizeiträume konnte an einigen Standorten noch immer nicht erfolgen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die bezirklichen Investitionsmittel in die Schulen des Bezirks investiert werden, um zum Beispiel die Schule am Berlinickeplatz bedarfsgerecht zu sanieren und als 4-5-zügige ISS zu erweitern. Die Nachfrage nach Schulplätzen an Integrierten Sekundarschulen wird in den nächsten Jahren steigen.



Die Gymnasien in unserem Bezirk werden sehr gut von den Schülerinnen und Schülern angenommen. Wir wollen in enger Abstimmung mit den Schulen und der Schulaufsicht das überzeugende Angebot auf Dauer sichern.

Wir wollen erreichen, dass die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik stärker in den Fokus rücken und sich hier mehr Schulen profilieren. Die Ergebnisse der Prüfungen für den mittleren Schulabschluss (MSA) zeigen, dass Berliner Schülerinnen und Schüler in diesen Fächern schlecht abschneiden. Hier muss gegengesteuert werden, denn der Bedarf der deutschen Wirtschaft an naturwissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften steigt stetig!

Bei der Abschaffung der Schülerlotterie hat die CDU zwar viel erreicht, wir wollen das Losverfahren für die Oberschulen aber gänzlich abschaffen. Es darf nicht vom Losglück abhängen, ob ein Kind seine Wunschschule besuchen kann, sondern von nachprüfbaren, fachlichen Kriterien.

7. Kinderbetreuung im Bezirk verbessern

Aus Sicht der CDU ist es falsch, den Besuch von Kindertagesstätten (Kita) für alle kostenlos anzubieten. Der erhoffte Effekt, die Betreuungsquote durch Wegfall der Kitagebühren zu erhöhen, hat sich zudem nicht eingestellt. Berlin verzichtet durch die vollständige Gebührenfreiheit auf knapp 100 Millionen Euro pro Jahr und entzieht dem Kitabereich damit enorme



Mittel, die besser in die Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung investiert werden sollten. Die Qualität ließe sich insbesondere durch mehr Erzieherinnen und Erzieher und die Senkung des Betreuungsschlüssels in den Kitas steigern.

Die Kita ist eine Bildungseinrichtung, die das Kind prägt und neben der Familie für die Entwicklung des Kindes wichtige Impulse gibt. Deshalb ist es uns wichtig, dass möglichst viele Kinder eine Kita besuchen können und sie dort gut gefördert werden.



Die CDU fordert daher:

- Der Ausbau von Kitaplätzen ist weiter voranzutreiben, da durch den Bevölkerungszuwachs mit einer höheren Nachfrage zu rechnen ist. Daneben hat es sich in Tempelhof-Schöneberg bewährt, die Tagespflegestellen auszubauen.
- Den Bedürfnissen der Eltern, die berufstätig sind beziehungsweise die wieder in den Beruf einsteigen möchten, soll besser Rechnung getragen werden. Darum ist Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Kitas unverzichtbar. Kitas müssen auch außerhalb der Kernzeiten bedarfsgerechte Angebote stellen. Hierzu gehören "Schwerpunkt-Kitas" mit Mehrschichtbetrieb und flexiblen Gruppen, gerade für Alleinerziehende mit wechselnden Arbeitszeiten. Wir begrüßen deshalb Modellprojekte zur flexiblen Kindertagesbetreuung.
- Bei den Eltern von Flüchtlingskindern muss dafür geworben werden, dass ihre Kinder eine Kita besuchen, denn dies fördert die Integration. Kinder lernen gemeinsam schneller, der Besuch einer Kita verbessert die Startchancen in der Schule.
- Die Träger von Kindertageseinrichtungen finden unter den bestehenden Gehaltsbedingungen nur schwierig qualifiziertes Personal. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass neue Kitas nur noch genehmigt werden, wenn das Personal verbindlich nach dem Tarifvertrag des Landes Berlin bezahlt wird.

8. Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen

Erziehung von Kindern bedeutet eine enorme Verantwortung für die Familie, der auch die allermeisten Eltern gerecht werden. Gegenseitiger Respekt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das Erkennen der eigenen Grenzen dafür werden die Grundlagen während der Kindheit und Jugend gelegt. Doch es gibt auch Familien, die aus den verschiedensten Gründen Unterstützung benötigen. Hier muss das Jugendamt über Beratungsangebote, Jugendarbeit und Inobhutnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls Verantwortung übernehmen.



Die Jugendarbeit hängt auch in hohem Maße vom Geld ab. Seit Jahren gibt der Bezirk weitaus mehr für Hilfen zur Erziehung aus, als er dafür vom Senat an Geld zugewiesen bekommt, so dass dadurch das gesamte Jugendressort unter finanziellem Druck steht.

Die CDU fordert daher:

- Die Kostensenkung durch gezielte Steuerung und passgenauere Hilfen. Gleichzeitig soll damit auch die Qualität erhöht werden.
- Alle Jugendfreizeiteinrichtungen sollen ein attraktives und zuverlässiges Angebot haben. Hier ist für uns nicht entscheidend, ob der Bezirk oder ein freier Träger diese Einrichtung betreibt, sondern es kommt auf die Qualität des Angebots und großzügige Öffnungszeiten an.



- Die Jugendsozialarbeit an Schulen muss für eine effektivere Arbeit finanziell vereinheitlicht werden. Jugendsozialarbeit soll in Gymnasien angeboten werden.
- Unabhängig von der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter muss der unterschiedlichen Entwicklung und der unterschiedlichen Reifung der Persönlichkeit von Jungen und Mädchen Rechnung getragen werden. Dies muss stärker durch speziell auf Jungen und Mädchen ausgerichtete Angebote der Jugendarbeit erfolgen.

9. Sport führt zusammen

Sportvereine bieten eine große Bandbreite von Sportarten im Breiten- und Leistungssport an. Sie erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, indem soziale Kontakte gefördert, Gesundheitsvorsorge betrieben und ehrenamtliche Arbeit vorgelebt wird. Auch Menschen, die von ihrer körperlichen Verfassung her Schwierigkeiten beim Sporttreiben haben, können in Sportvereinen Möglichkeiten finden, sich zwanglos und mit Freude an der Bewegung sportlich zu betätigen. Hierzu wollen wir Anreize setzen, die Sportvereine zu motivieren, Kindern Spaß an der Bewegung ohne Leistungsdruck zu vermitteln.



Zu Beginn der ablaufenden Wahlperiode konnten zwei neue Sportanlagen in Betrieb genommen werden: eine wettkampfgerechte Sporthalle in Marienfelde und ein Sportplatz am Südkreuz. Dennoch ist unser Bezirk nach wie vor mit Sportanlagen deutlich unterversorgt.

Die CDU fordert daher:

- Für Sportanlagen vorgesehene Grundstücke sind für den Sport zu sichern. Wir wollen auch weiterhin den Neubau und die Modernisierung von Sportanlagen fördern, denn die Sportvereine verzeichnen im Bezirk steigende Mitgliederzahlen.
- Um den steigenden Finanzbedarf für Sportanlagen zu decken, muss es den Sportvereinen erleichtert werden, selbst Investitionen in von ihnen genutzten Sportanlagen zu tätigen oder in Kooperation mit dem Bezirk oder anderen Vereinen gemeinschaftlich neue Sportanlagen auf öffentlichen Grundstücken zu errichten.
- Für die Sportanlage Halker Zeile in Lichtenrade gilt es, eine nachhaltige Lösung für einen neuen, standardgemäßen Kabinentrakt zu finden. Hierfür ist auch eine

aktualisierte Planung der Schulgebäude auf dem Campus nötig.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen weiter ausbauen. Durch den Ganztagsbetrieb verschiebt sich die Freizeit der Kinder in die Abendstunden und bietet weniger Raum für sportliche Aktivitäten. Andererseits bietet sich aber auch durch den Ganztagsbetrieb für Vereine die Chance, mit einem Angebot an sportlichen Aktivitäten für sich und den Vereinssport zu werben.

Erfolgreich konnte die CDU die von den Bäderbetrieben angedachte Schließung der Schwimmbäder an der Tempelhofer Götzstraße und am Mariendorfer Ankogelweg verhindern, die einem neuen Spaßbad an der Rixdorfer Straße zum Opfer fallen sollten. Eine Schließung der Bäder hätte allein wegen der deutlich weiteren Wege für das Schulschwimmen eine erhebliche Verschlechterung bedeutet. Stattdessen erhalten die Bäderbetriebe das nötige Geld für die Sanierung des Bades an der Götzstraße vom Senat. Zum anderen wird das dringend sanierungsbedürftige Kombibad am Anko-



gelweg durch ein ganzjährig geöffnetes neues Freizeitbad ersetzt, so dass unser Angebot an Schwimmflächen im Bezirk gegenüber der jetzigen Situation verbessert wird. Dies ist ein wichtiger Erfolg der CDU, um die Lebensqualität in Tempelhof-Schöneberg zu steigern.



Der Bedarf an medizinischen, pflegerischen und weiteren wichtigen sozialen Leistungen wird aufgrund des demographischen Wandels weiterhin stetig steigen. Zwar sind Forderungen nach einer straffen, effizienten Verwaltung berechtigt, allerdings gilt auch, dass einer höheren Zahl an Leistungsberechtigten umgekehrt auch ein Äquivalent an Verwaltungsmitarbeitern gegenüber stehen muss. Da, wo es Not tut, sind entsprechende Stellen und Anlaufpunkte zu schaffen.

1. Gesundheitliche Versorgung ausbauen

Für die CDU Tempelhof-Schöneberg ist eine Gesundheitsversorgung im ambulanten und stationären Bereich, die die gesetzlichen Leistungen und Angebote allen Bürgern - Jung und Alt, Arm und Reich - gleichermaßen in der Nähe Ihrer Wohnung anbietet, von herausragender Bedeutung. Das gute Angebot im Bezirk ist aufrechtzuerhalten.

- Die drei großen Kliniken in unserem Bezirk (AVK, Wenckebachklinikum und St. Josef-Krankenhaus) sollen für die stationäre Versorgung unserer Bürger erhalten bleiben.
- Die Notfallambulanzen müssen erhalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. Wir wollen auch die teilweise unzumutbaren Wartezeiten reduzieren.
- Eine wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten "um die Ecke" und die benötigten Fachärzte gemäß der Altersstruktur der Bevölkerung sind sicherzustellen.
- Das von der CDU forcierte Versorgungsstrukturgesetz soll auf Bezirksebene umgesetzt werden.
- Praxen und Kliniken sollen besser vernetzt werden, zum Beispiel im Bereich der Onkologie (Nachsorge) sowie in der psychiatrischen Versorgung (ambulant vor stationär!).
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder halten wir für eine gute Regelung. Für den Besuch von Kindergärten möchten wir das Vorliegen aller nötigen Schutzimpfungen zu einer Pflicht machen.
- Das Alkoholverbot auf Spiel- und Bolzplätzen ist auf besondere öffentliche Orte im Bezirk auszuweiten: In Schulen und unmittelbar davor ist ein striktes Alkohol- und Rauchverbot zu prüfen.
- Wegen des Zusammenlebens vieler Menschen auf engstem Raum in den Flüchtlingsunterkünften halten wir die Durchführung von Grippe-Schutzimpfungen bei Flüchtlingen für sinnvoll. Auf diesem Weg soll eine übermäßige Ausbreitung der Grippe verhindert werden.



- An allen Schulen im Bezirk sollen regelmäßig im Jahr Gesundheitstage zu Zahnprophylaxe, gesunder Ernährung und Bewegung durchgeführt werden. Bei der Planung und Durchführung sind auch die Eltern fest einzubinden.
- Auf den Internetseiten des Gesundheitsamtes soll für die Bürgerinnen und Bürger eine Übersicht über alle laufenden Präventionsangebote des Gesundheitsamtes erstellt werden. Dadurch soll es einfacher werden, das jeweils gewünschte Angebot zu finden. Darüber hinaus sind alle Präventionsangebote regelmäßig zu evaluieren.



Ärgerliches Dauerproblem: lange Wartezeiten in Notfallaufnahmen

Die Wartezeiten in Notaufnahmen der Berliner Krankenhäuser, somit auch in Tempelhof-Schöneberg, liegen in der Regel immer noch bei 4-6 Stunden. Insbesondere fällt auf, dass die Anzahl der Notfallpatienten an Tagen wie Mittwoch und Freitag nach 12 Uhr sowie an den Wochenenden steigt, da die niedergelassenen Ärzte nicht verfügbar sind.

Einige Patienten gehen auch bewusst in die Notaufnahme der Krankenhäuser, da sie an einem Standort die Diagnostik erfahren wollen. Als kranker Mensch fehlt die Kraft, mehrere Standorte anzulaufen und x-Termine zu vereinbaren. Ein weiterer Anstieg der Not-

aufnahmen erfolgt durch Flüchtlinge, die aus den Flüchtlingseinrichtungen in die Notaufnahmen der Krankenhäuser verwiesen werden. Um Wartezeiten messbar zu machen, nutzen Kliniken bereits das Manchester-Triage-System (Abarbeitung der Patienten gemäß Erfassung Schmerzskala). Für die Wichtigkeit der Messbarkeit der erlebten Wartezeit ist eine einheitliche Berliner Regelung sinnvoll.



Die CDU fordert daher:

- Die Einrichtung einer "Koordinationsstelle" zwischen Praxen und Kliniken zur Steuerung des Ansturms in den Notfallaufnahmen soll geprüft werden.
- Die ambulante ärztliche Versorgung durch niedergelassene Ärzte an den Mittwoch- und Freitagnachmittagen sowie an den Wochenenden soll erweitert werden (spezielle Praxen/MVZ). Die Geschäftsführer der Kliniken sollen ein einheitliches und messbares Bewertungsinstrument einführen sowie die Ergebnisse transparent kommunizieren.
- Medizinische Versorgungszentren mit Notfallpraxen sollen erweitert werden, so dass multiple Diagnostik unter einem Dach erfolgen kann.

Fachärztliche Versorgung im Bezirk

Die Versorgung mit Fachärzten schwankt von Bezirk zu Bezirk.

- Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV) sorgt auch in unserem
 Bezirk dafür, dass eine ausreichende fachärztliche Versorgung mit niedergelassenen Ärzten in stationären Pflegeheimen erfolgt.
- Für eine bessere Transparenz benennt die KV über die KV-Plattform niedergelassene Ärzte, die für die Versorgung von Heimbewohnern zur Verfügung stehen.

2. Verbraucherschutz ernst nehmen

Für die CDU ist Verbraucherschutz kein Selbstzweck! Grundsätzlich gilt: Jeder Gast, der eine Kantine, ein Restaurant oder einen Imbiss besucht, bringt dem Gastwirt oder dem Betreiber einen Vorschuss an Vertrauen entgegen, dass die Lebensmittel ordnungsgemäß gelagert, verarbeitet beziehungsweise zubereitet worden sind. Der Kunde hat keine Möglichkeit, die Einhaltung der einschlägigen

Lebensmittelschutzvorschriften zu prüfen. Deshalb gibt es auch umgekehrt kein schutzwürdiges Interesse (zum Beispiel Betriebsoder Datenschutz) von Betreibern und Wirten, wenn sie das Vertrauen ihrer Gäste missbraucht haben. Gesetzestreue Gastwirte und andere Betreiber jedoch - und das sind rund 80 Prozent - sollten ausgezeichnet werden.



Die CDU fordert daher:

 Es soll ein Hygieneportal für Gaststätten eingerichtet werden, dass entweder die Missstände bei uneinsichtigen Betreibern offenlegt ("Bewährungsliste"/"Ekelliste") oder aber besonders gute, zuverlässige Gaststätten auszeichnet ("Smiley System"). Hier sind Bundes- und Landesgesetzgeber gefragt, denn es muss in Deutschland ein einheitlicher Verbraucherschutz mit einheitlichen Informationen gelten.



3. Immer wichtiger: Pflegeangebote und Palliativversorgung

Politik für sozial Schwache setzt immer da an, wo die Menschen sich selbst nicht mehr helfen können und andere Hilfesysteme ausgereizt sind (Subsidiarität). Ein wichtiger Bereich, der mit großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden ist, ist das Thema Pflege. Nach einer Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 2,75 Millionen auf 3,54 Millionen im Jahr 2020 ansteigen; dies entspricht einem Zuwachs von knapp 30 Prozent. Für 2030 wird mit einem Zuwachs von bis zu 80 Prozent gerechnet. Für 2050 wird die Zahl der erwarteten Pflegebedürftigen mit bis zu 5,9 Millionen beziffert (vgl. Enquete-Kommission Demografischer Wandel). Auch Tempelhof-Schöneberg macht bei dieser Entwicklung keine

Ausnahme. Die Zahlen beweisen: Den Themen Pflege und Pflegebedürftigkeit muss größte Aufmerksamkeit geschenkt werden! Die CDU Tempelhof-Schöneberg begrüßt ausdrücklich, dass nunmehr der von uns geforderte und vom CDU-Baustadtrat mitinitiierte dritte Pflegestützpunkt in Mariendorf - in enger Kooperation mit der dort ansässigen Deutschen Rheumaliga - eingerichtet wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den zunehmenden Bedarf an fachlicher Beratung und Vermittlung zu befriedigen.



Hilfe zur Pflege ist ein wichtiger Bereich von Leistungen des Sozialamtes auf Bezirksebene. Sie wird Menschen gewährt, bei denen die Leistungen der Pflegeversicherung nicht für den gesamten Bedarf ausreichen und keine nahestehenden Personen in ausreichendem Umfang helfen können. Menschen, die keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten können, weil sie nicht Mitglied sind oder die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erhalten Leistungen für den gesamten Bedarf. Auch Menschen ohne Pflegestufe erhalten Hilfe zur Pflege, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die Leistungen umfassen häusliche Pflege, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege, Hilfsmittel und stationäre Pflege.

Die CDU fordert daher:

- Bürger, die im Bezirk Tempelhof-Schöneberg Leistungen gemäß SGB XII oder SGB II erhalten, müssen kontinuierlich erfasst werden, um eine Kontrolle von erbrachten Leistungen der Sozialstationen durch das Sozialamt zu ermöglichen.
- Das Controlling muss von Pflegefachkräften erfolgen, um die individuelle Versorgung zu erfassen und unabhängig zu kontrollieren und zu dokumentieren.



- Alle Mitarbeiter des Sozialamtes, die im Bereich der Pflegezuwendungen t\u00e4tig sind, sind ab 2016 f\u00fcr das Pflegest\u00e4rkungsgesetz II zu schulen. Alle Formulare der Begutachtungsrichtlinien m\u00fcssen entsprechend angepasst werden.
- Da der Bedarf an Betreuungsleistungen steigen wird, ist vom Sozialamt abzusichern, welche Dienste für diese Betreuungsleistungen zu welchen Konditionen eingesetzt werden. Auch für die Betreuungsleistungen hat ein entsprechendes Controlling zu erfolgen.

Defizite und Pflegebetrug

Es ist nicht zu leugnen, dass es bei der Pflege Missstände und zum Teil auch kriminelle Machenschaften gibt. So werden nicht erbrachte Leistungen abgerechnet. Deshalb brauchen wir ein System der Leistungskontrolle in der Pflege.



Die CDU fordert deshalb:

- Sollten Pflegedefizite erkennbar sein, hat der Bezirk das Recht, der Sozialstation umgehend zu kündigen und nur die erbrachten Leistungskomplexe zu erstatten beziehungsweise Rückforderungen an die Sozialstation geltend zu machen.
- Um einem Missbrauch von Leistungen vorzubeugen, sollten Kontrollbesuche nicht angekündigt werden und auch zu unterschiedlichen Tageszeiten stattfinden. Entsprechende Stellen sind hierfür im Bezirksamt zu schaffen.
- Zur Bekämpfung des Missbrauchs von Pflegeleistungen werden Mitarbeiter des Bezirksamtes ausschließlich für diese Aufgabe eingesetzt. Die Stichproben werden nach einem Plan gezogen, der von Fachleuten erarbeitet wird.
- Die Ermittlung der Leistungen in der "Hilfe zur Pflege" erfolgt an erster Stelle auf Basis der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Das vermeidet doppelte Begutachtungen bei den Menschen.
- Bevor Rechtsstreitigkeiten um strittige Leistungskomplexe eingegangen werden, ist durch das Bezirksamt eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen.



Nicht vergessen: Pflegeheime!

Für die CDU ist selbstverständlich, dass Pflegebedürftige so lange wie möglich zu Hause, also in der gewohnten Umgebung, versorgt werden (ambulant vor stationär).

Gleichwohl kommt es regelmäßig in der letzten Lebensphase zu einer stationären Unterbringung. Darauf muss der Bezirk vorbereitet sein. Bei größeren Bauprojekten werden heute schon zu Recht hohe Anforderungen an eine ausreichende Versorgung mit Kitas,

Schulen und Parkplätzen gelegt. Hier gilt es, dies auf den Bereich der Pflege zu erweitern.

Die CDU fordert daher:

 Das Thema Pflege/Pflegebedürftigkeit ist in Form von würdevollen, stationären Einrichtungen oder ambulanten Angeboten bei allen größeren Neubauprojekten planerisch zu berücksichtigen. Die CDU Tempelhof-Schöneberg würde hier mehr kirchliche Träger begrüßen.



Palliativversorgung

Laut einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung haben im Jahr 2014 nur 30 Prozent der Verstorbenen zuvor eine Palliativversorgung erhalten. Neben dem Mangel an Hospiz- und Palliativangeboten vor Ort wird auch Unkenntnis über die Möglichkeiten einer palliativen Versorgung als Grund dafür genannt. Wir wollen deshalb die Betroffenen über die Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung besser informieren.



Die CDU fordert daher:

- Der Bezirk muss Kontakt mit den Krankenkassen aufnehmen und mit diesen im Rahmen des neuen Beratungsangebots nach § 39b SGB V kooperieren.
- Der Bezirk soll, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Runden Tisches, Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Pflegestützpunkte, SAPV-Teams, Hospize, ambulante Hospizdienste etc. zusammenbringen und auf eine gegenseitige Vernetzung hinwirken.
- Gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen sowie dem Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. soll der Bezirk Strategien entwickeln, die Patientinnen und Patienten sowie Ärzte und Pflegekräfte über die Angebote und Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren.
- Ehrenamtliche Initiativen zur Gründung von Hospizen sind organisatorisch und sofern möglich - auch finanziell bedarfsgerecht zu unterstützen.

4. Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern

Tempelhof-Schöneberg hat in den letzten Jahren mit zunehmender Obdachlosigkeit zu kämpfen. Die Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks stößt mit monatlich 850 bis 900 Besuchern an ihre Grenzen. Die Versorgung der Besucher mit Essen und Trinken

ist aber dringend notwendig. Deshalb müssen diese Hilfen und weitere Angebote unbedingt erhalten bleiben.

Die CDU fordert daher:

- Das Arztmobil zur schnellen ärztlichen Versorgung Obdachloser fährt auch in Zukunft die verschiedenen Einrichtungen an.
- Die Vergabe einer speziellen Gesundheitskarte an Obdach- und Wohnungslose wird zur unbürokratischen medizinischen Grundversorgung geprüft.



- Die Berliner Kältehilfe wird unbedingt fortgesetzt; ehrenamtliche Helfer sind öffentlich zu würdigen!
- Mittel des Europäischen Sozialfonds sollen für die Beratung nicht deutscher Obdachloser genutzt werden.
- Berlinweit soll ein günstiger Strom- und Gas-Tarif für soziale und karitative Einrichtungen angeboten werden.

5. Politik für Senioren richtig machen!

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat rund 335.000 Einwohner, davon sind 80.000 älter als 60 Jahre. Die Zahl der Älteren ist auf Grund des demographischen Wandels weiterhin steigend. Die CDU Tempelhof-Schöneberg steht für ein respektvolles, selbstbestimmtes und - soweit möglich - aktives Leben im Alter. Dafür soll die Politik die Basis schaffen.



- Alle im Bezirk betriebenen Senioren-Freizeitstätten sollen erhalten bleiben.
- Ungenutzte Immobilien des Bezirksamtes werden für Projekte des generationenübergreifenden Zusammenlebens und für Seniorenwohngemeinschaften zur Verfügung gestellt.
- Eine wirksame und politisch gewichtige Ansprechstelle in Form eines/er Seniorenbeauftragten wird im Bezirksamt eingerichtet.
- Ein Seniorenamt mit Mitarbeitern, die den älteren Bürgern bekannt sind und die ihnen nur für ihre Belange zur Verfügung stehen, wird eingerichtet.
- Die Seniorenvertretungen werden durch einen gemeinsamen Wahltermin mit dem Abgeordnetenhaus und der BVV gestärkt. Das jetzige Seniorenmitwirkungsgesetz soll zu einem echten Seniorenmitbestimmungsgesetz weiterentwickelt werden.
- Wissen, Zeit und Verantwortung von älteren Menschen soll zum Beispiel in Form

von Tätigkeiten wie Kinderbeaufsichtigung, Vorlesen und Kursen für diverse handwerkliche Arbeiten stärker aktiviert werden

6. Belange von Menschen mit Behinderung ernst nehmen

Zum Stichtag 31.12.2014 waren im Bezirk Tempelhof-Schöneberg 41.840 schwerbehinderte Personen mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 und 100 Prozent registriert. Hinzu kommen weitere 19.758 Behinderte mit einem Grad der Behinderung von 20-40 Prozent. Damit ist Tempelhof-Schöneberg der Bezirk mit der höchsten Zahl von anerkannten Schwerbehinderten in Berlin.

Daher bleibt für die CDU die Politik für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Bestandteil der Gesundheits- und Sozialpolitik. Auch wenn wir schon einiges erreicht haben - vor allem bei der Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden -, wollen wir neben einem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden in den nächsten fünf Jahren folgende Aufgaben schwerpunktmäßig angehen:



Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung

In 11 Berliner Bezirken gibt es eine Beratungsstelle für körperlich und sinnesbehinderte Menschen und für Menschen mit Krebs und Aids/HIV-Erkrankungen (BfB). Diese sind im Gesundheitsamt angesiedelt und mit mehreren Sozialarbeitern, einer Verwaltungskraft

und einem Amtsarzt/einer Amtsärztin ausgestattet. In unserem Bezirk gab es bislang eine "Soziale Beratungsstelle für Menschen mit Krebs-, Aidsoder HIV-Erkrankungen", die Ende 2015 in "Beratungsstelle für behinderte und krebskranke Menschen und Aids" umbenannt wurde. Offenbar gibt es dort keine ärztliche Leitung, auch fehlen ausreichend Sozialarbeiter. Für die Zielgruppe der Menschen mit körperlicher oder Sinnesbehinderung besteht daher kein qualifiziertes Beratungsangebot in Tempelhof-Schöneberg.



Die CDU fordert daher:

- Der gesetzliche Auftrag ist endlich zu erfüllen und eine komplett eingerichtete Behindertenberatungsstelle mit qualifiziertem Personal analog zu allen anderen Beliner Bezirken einzurichten.
- Im Geschäftsbereich der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung ist zu überprüfen, ob der Stellenansatz ausreicht und ob die vorgesehenen Stellen auch besetzt sind. Falls nein, ist hier dringend nachzusteuern.
- Seh- und hörbehinderte Menschen sind in den Gebäuden des Bezirks besser zu unterstützen (Durchsagen in Fahrstühlen, Braille-Schrift auf Schildern, induktive Höranlagen etc.).
- Die Internetseiten des Bezirks sollen auch Menschen mit Behinderungen voll zur Verfügung stehen, die Seiten sollen deshalb nach BITV 2.0 barrierefrei gestaltet werden.



• Es ist ein Verzeichnis aller Parkplätze im öffentlichen Straßenland für Menschen mit Behinderungen zu erstellen, denn Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer, im Straßenverkehr passende Parkplätze zu finden.

 Begegnungszonen wie die in der Maaßenstraße stellen vor allem für blinde Menschen eine große Herausforderung dar. Wir wollen deshalb, dass bei der zu erfolgenden Evaluation der Begegnungszone in der Maaßenstraße auch die Auswirkungen für Menschen mit Behinderung einbezogen werden. Hierbei sollten auch externe Experten einbezogen werden.





V. Was uns verbindet

Kultur und ehrenamtliches Engagement führen Menschen zusammen und stiften Identität. Sie bilden somit einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Anker, der uns Halt und Schutz gibt und gleichzeitig Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders definiert. Daran wollen wir auch aus anderen Kulturkreisen stammende Menschen teilhaben lassen.

1. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stärken

Viele tausend Menschen sind in unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlich engagiert.

Das Spektrum des Engagements reicht von Hilfsorganisationen, sozialen Einrichtungen und Sport- oder Kulturvereinen über politische Parteien, Tier- und Umweltschutzverbände, bis hin zu den Religionsgemeinschaften oder Gesundheitseinrichtungen. Häufig treffen sich Menschen auch, um sich gemeinsam zu bilden, die Erinnerung an historische Begebenheiten wach zu halten, ihre Heimat zu erkunden, Einfluss auf ihr Wohnumfeld zu nehmen oder sinnvoll ihre Freizeit zu gestalten. Ob nun in festen Strukturen oder lockeren Zusammenschlüssen, dieses Engagement wird von uns hoch



geschätzt und wir werden daher ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus ganzer Kraft in ihrem Einsatz für unsere Gesellschaft fördern. Nicht zuletzt bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms wurde deutlich, welches Potenzial im bürgerschaftlichen Engagement steckt, welches nicht durch staatliche Strukturen ersetzt werden kann.

Wir fordern deshalb:

bar gemacht werden.

- Vorhandene Räumlichkeiten sollen im Bezirk engagierten Vereinen und Initiativen grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll das Gemeinschaftshaus Lichtenrade als Veranstaltungsort erhalten und der BVV-Saal im Rathaus Tempelhof wieder nutz-
- Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch Bürokratie behindert werden. Der Verwaltung muss auferlegt werden, in allen Bereichen das Ehrenamt nach Möglichkeit zu stärken. Dazu gehört auch die Unterstützung und Förderung von Patenschaften für einzelne Projekte, die für Bürger interessant sind und auch von ihnen durchgeführt werden können, zum Beispiel Grünpflegepatenschaften
- Das bezirkliche Ehrenamtsbüro muss personell und materiell so ausgestattet werden, dass es die an ehrenamtlichen Tätigkeiten Interessierten bestmöglich beraten und unterstützen kann.

2. Erfolgreiche Integration entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft

Integration lebt von Begegnung und wechselseitigem Austausch. Sie ist angewiesen auf die Offenheit der Einheimischen und die Bereitschaft derer, die zu uns kommen, unsere Art zu leben, Recht und Gesetz und nicht zuletzt unsere Kultur zu respektieren. Die deutsche Sprache zu lernen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Wenn Integration gelingt, stellen die zugewanderten Menschen für die deutsche Gesellschaft eine Bereicherung dar, scheitert sie, entsteht langfristig eine schwerwiegende



Belastung für uns alle. Integration besteht aus Fördern und Fordern. Sie ist ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung. Wir wollen bei der zu erwarten-

den großen Integrationsaufgabe Fehler der Vergangenheit vermeiden, das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern und bestehende Parallelstrukturen beseitigen.

Flüchtlinge

Als Folge globaler Entwicklungen und regionaler Krisen sehen wir uns der größten Zahl von Flüchtlingen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber. Hierbei handelt es sich um Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber aber



eben auch um Wirtschaftsmigranten. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Flüchtlings- und Migrationsbewegung stellen unser Land auf allen Ebenen vor riesige Herausforderungen. Viele Flüchtlinge wollen so schnell wie möglich wieder in ihre alte Heimat zurückkehren, sobald sich die Verhältnisse dort zum Besseren gewendet haben, andere werden bleiben. Sie brauchen eine ausgestreckte Hand, aber auch eine Hand, die ihnen den Weg weist, wie unser Zusammenleben funktioniert.

Wohnraum, Bildung und Arbeit für die Zuwanderer sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Insbesondere Wohnraum und Schulkapazitäten sind kurzfristig nur begrenzt verfügbar und haben bei der Neuschaffung von Gebäuden einen

Vorlauf von mehreren Jahren. Dies gilt auch für alle anderen Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und zeigt, dass grenzenlose Zuwanderung und erfolgreiche Integration ein Widerspruch sind.

Massenunterkünfte bieten kaum Chancen zur Integration

Massenunterkünfte wie auf dem Tempelhofer Feld oder an anderen Stellen im Bezirk sind für die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive grundsätzlich ungeeignet und allenfalls als kurzfristige Übergangslösung



Humanitäre Verantwortung

Als Christdemokraten, die der europäischen Werteordnung und dem christlichen Menschenbild besonders verpflichtet sind, stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung. Deshalb helfen wir Menschen, die in großer Not zu uns kommen. Jeder Mensch, ganz gleich ob sein Antrag auf Schutz anerkannt oder abgelehnt wird, hat ein Recht darauf, dass er anständig behandelt wird und keine Furcht oder Angst haben muss. Hetze und Gewalt, egal von wem sie ausgehen, sind nicht zu dulden und müssen strafrechtlich verfolgt und politisch geächtet werden.

Unsere Leitkultur

Zum Gelingen der Integration gehören der Spracherwerb, das Bekenntnis zur Werteordnung des Grundgesetzes und die Einhaltung der Gesetze. Unsere demokratische und tolerante Staats- und Gesellschaftsordnung, die den Menschen und seine soziale Verantwortung im Mittelpunkt sieht, stellt unsere Leitkultur dar. Sie soll für diejenigen, die vor Unfreiheit und existenzieller Not geflohen sind, eine nachhaltig prägende Wirkung entfalten. Selbstverständlich sind nicht alle Menschen, die zu uns kommen, von sich aus mit den Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vertraut,



insbesondere dann, wenn sie aus Ländern oder Gegenden kommen, die keine Rechtsstaatlichkeit kennen. Die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen oder Andersgläubigen kann nicht unter Berufung auf religiöse Vorschriften gerechtfertigt werden. Die Scha-

V. Was uns verbindet

ria hat keine Geltung für unsere staatliche Ordnung. Als wehrhafte Demokratie müssen wir darauf achten, dass unsere Normen und Gesetze auch durchgesetzt werden.

Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg

Viele Menschen mit ausländischen Wurzeln leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler, Arbeitnehmer oder Selbstständige ihren Beitrag für das Gemeinwesen, sind in ihren Kiezen verwurzelt und engagieren sich ehrenamtlich in Initiativen und Vereinen. Gleichzeitig existiert eine große Zahl von Menschen nichtdeutscher Herkunft, welche die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen, in der Folge schlechtere Schul- oder



Berufsausbildungen besitzen und dadurch von Armut bedroht oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Wir halten das Erlernen der deutschen Sprache für einen wesentlichen Eckpfeiler einer gelungenen Integration und erachten daher die Konzentration von Menschen mit ausländischen Wurzeln in einzelnen Kiezen als Integrationshemmnis. Ziel der Stadtplanung sollte daher eine intensivere Durchmischung der Kieze sein, denn Integration beginnt mit Begegnung.

Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

Am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses steht für uns der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Dieses Ereignis sollte im Rahmen einer Einbürgerungsfeier auch besonders begangen werden. Diese Feiern müssen regelmäßig im Bezirk stattfinden und dem besonderen Anlass entsprechend würdevoll ausgestaltet werden.



Probleme vorbehaltlos benennen und konsequent handeln

Kriminalität und Aggressivität im Alltag bedrohen das friedliche und freie Leben von Berlinerinnen und Berlinern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gleichermaßen. Rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften darf es nicht geben. Wo Kriminalität und Integrationsprobleme zusammenfallen, müssen Polizei, Justiz, Schulen, Jugendämter, Sozialarbeiter und Migrantenverbände eng zusammenarbeiten. Das trifft zum Beispiel bei der Bekämpfung krimineller Strukturen wie Familien-Clans und dem Umgang mit jugendlichen Intensivtätern zu. Wer Straftaten begeht, verwirkt das Gastrecht in unserem Land.

Religiösem Extremismus entschieden entgegentreten

Unsere Gesellschaft muss sich dem Islamismus entschlossen entgegenstellen. Spätestens seit den Durchsuchungen von Moscheen in Tempelhof und Mariendorf wissen wir leider: Auch in unserem Bezirk ist die radikal-islamistische Szene aktiv. Wir müssen verhindern, dass insbesondere junge Menschen unter den Einfluss sogenannter Hassprediger geraten und radikalisiert werden. Daher wollen wir die Schaffung von Projekten gegen Salafismus und Islamismus und die Vermittlung von Wissen über die Hintergründe und Gefahren von religiösem Extremismus fördern. Hassprediger werden wir in unserer freien Gesellschaft nicht akzeptieren.

Integrationskraft gemeinsamer Freizeitgestaltung

Gesellschaftliches Miteinander vollzieht sich im Arbeitsumfeld, zu einem großen Teil aber auch in der Freizeit. Sportvereine, politische Vereinigungen, Musik- und Kunstschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendfreizeitheime, die Volkshochschulen sowie Freizeitstätten für Erwachsene leisten einen wertvollen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis von Zuwanderern und Einheimischen. Deshalb müssen die im Bezirk bestehenden Einrich-

tungen und Vereine, die sich im Rahmen der Integrationsarbeit bewährt haben, trotz aller

Sparzwänge auch weiterhin in ihrer Arbeit gefördert und gesichert werden. Als Beispiel stehen hierfür das Interkulturelle Haus in Schöneberg, der Verein Harmonie oder die Seniorenfreizeitstätte Huzur in der Bülowstraße. Für den Ortsteil Tempelhof müssen entsprechende Strukturen dringend aufgebaut werden.

Bibliotheken

Öffentliche Bibliotheken sind seit jeher Orte der Wissensvermittlung, in zunehmendem Maße aber auch Orte der Begegnung. Um sie für Menschen mit Migrationshintergrund und nicht ausreichenden Deutschkenntnissen attraktiver zu machen, ist das fremdsprachige Medienangebot auszuweiten. Das Beispiel der Gertrud-Kolmar-Bibliothek in der Pallasstraße zeigt, wie mit einem geringfügig veränderten Angebot neue Nutzer gewonnen wurden.



Der Erhalt der Bibliothek im Rathaus Friedenau und deren Ausbau zu einem Ort der Begegnung von Flüchtlingen und Einheimischen ist für uns wichtig. Hier hat Tempelhof-Schöneberg in einem berlin- und deutschlandweit beachteten Modellprojekt die Möglichkeit zu zeigen, welchen Beitrag Bibliotheken in Verbindung mit einer offenen und engagierten Zivilgesellschaft zur Integration leisten können.

Sportvereine

Sportvereine haben eine äußerst wichtige Integrationsaufgabe. Gemeinsame sportliche Erfolge in einer Mannschaft können kulturelle und sprachliche Barrieren überwinden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Sportliche Erfolge stärken das Selbstwertgefühl junger Menschen und wirken deshalb auch positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb halten wir es für wichtig, dass das Bezirksamt verstärkt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Mitgliedschaft in Sportvereinen wirbt. Hier-



für brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von Sportamt, dem Bezirkssportbund, den Sportvereinen, der Integrationsbeauftragten und den Migrantenorganisationen des Bezirks. Gemeinsame sportliche Betätigung benötigt jedoch auch Sportstätten, deshalb wenden wir uns gegen eine Belegung von Turnhallen mit Flüchtlingen

Infrastruktur geänderten Gegebenheiten anpassen

Dort, wo aufgrund von Flüchtlingsunterkünften mehr Menschen leben, muss die Infrastruktur den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Das gilt beispielsweise für den öffentlichen Nahverkehr, wo durch ein erhöhtes Fahrgastaufkommen kurzfristig mit einer engeren Taktung reagiert werden muss. Insbesondere muss es aber auch ein deutlich höheres Angebot von Schul- und Kitaplätzen geben, denn nur so kann Integration von Anfang an gelingen.

Schulversorgung und Willkommensklassen

Wenn wir gerade von jungen Menschen erwarten, dass sie lernen und fleißig sind, müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, teilzuhaben. Kinder und Jugendliche müssen miteinander lernen und aufwachsen. Das ist gelebte Integration. In über 70 Willkommensklassen für Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse wird in Tempelhof-Schöneberg bereits Großartiges geleistet. Langfristig, insbesondere im Hinblick auf eine steigende Anzahl von Flüchtlingen auf dem Gebiet des ehemaligen Flughafens Tempelhof, müssen jedoch weitergehende Konzepte erarbeitet und realisiert werden.



Der Bezirk ist hierbei in besonderem Maße auf die Mitwirkung des Landes Berlin angewiesen, um die Schulpflicht realisieren zu können.

V. Was uns verbindet

Es gilt dabei zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund mangelnder Kapazitäten in den Willkommensklassen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in Regelklassen wechseln und dort aufgrund fehlender Sprachkenntnisse dem Unterricht weder folgen, noch sich mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern austauschen können.

Kita

Der Anteil von mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern muss sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen, um auch Kinder nicht deutscher Herkunft so früh wie möglich adäquat fördern zu können. Es ist leichter, die Kinder bereits in der Kita mit der Sprache und dem Miteinander vertraut zu machen, so dass sie beim Schulstart bessere Chancen haben.



Wertschätzung für Frauen

Das Beispiel der Stadteilmütter, ein Projekt aus Neukölln, zeigt, dass Frauen und Mütter eine ganz entscheidende Rolle für gelungene Integration spielen. Wir bestärken alle Frauen und Mädchen - egal welcher Herkunft - darin, ihren Lebensentwurf frei zu wählen und selbstbewusst zu verwirklichen. Diskriminierungen, verächtliche Gesten und mangelnder Respekt vor Frauen und weiblichen Vorgesetzten lehnen wir entschieden ab. Gegen Zwangsehen, häusliche Gewalt und Gewalt im Namen der Ehre werden wir mit der gebotenen Härte vorgehen und Betroffenenorganisationen wo immer möglich unterstützen.

Als sichtbares Zeichen dieser Haltung werden wir weiterhin nach einer Möglichkeit suchen, um im Rahmen der Benennung eines Ortes an Hatun Sürücü, die im Jahr 2005 in unserem Bezirk Opfer eines Ehrenmords wurde, zu erinnern.

3. Kunst und Kultur halten den Bezirk kreativ

Kunst und Kultur sind der kreative Kitt unserer Gesellschaft. Berlin ist ein Magnet für Kreative aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Tempelhof-Schöneberg ist Lebensund Schaffensmittelpunkt zahlreicher Kulturschaffender, die neben Berlin insbesondere auch ihren Kiez als Heimat betrachten. Darauf sind wir stolz und halten es daher für unabdingbar, dass neben dem Land auch die Bezirke Möglichkeiten haben, vor Ort kreative Ideen angemessen zu fördern.

Kultureller Reichtum in Tempelhof-Schöneberg

Jeder Versuch, das Spektrum des kulturellen Angebots in Tempelhof-Schöneberg abschließend aufzuzeigen wäre zum Scheitern verurteilt, da es umfangreich ist und einem fortwährenden Wandel unterliegt. Unser Dank und unsere Anerkennung gilt Künstlerinnen und Künstlern, Betreibern von Einrichtungen und Initiativen, denn sie

tragen in erheblichem Umfang dazu bei, Tempelhof-Schöneberg lebensund liebenswert zu machen.

Im Rahmen der dezentralen Kulturarbeit werden aber auch von Seiten des Bezirks kreative Ideen entwickelt und realisiert. Darüber hinaus werden Projektmittel an Künstler vergeben, die Tempelhof-Schöneberg mit ihren Arbeiten bereichern. Im Kulturhaus Schöneberg in der Kyffhäuserstraße



können Kreative in einem ehemaligen Schulgebäude Ateliers und Ausstellungsräume nutzen.

Der Bezirk unterhält zahlreiche weitere Orte der Kreativität: In der Volkshochschule, der

Musikschule und den Bibliotheken wird Wissen vermittelt und kann Begeisterung ausgelebt werden. Die bezirklichen Galerien bieten - bei freiem Eintritt - an den derzeit drei Standorten

- Haus am Kleistpark,
- Galerie im Rathaus Tempelhof und
- Tempelhof-Museum

ständig wechselnde Ausstellungen auf einem hohen künstlerischen Niveau. Im Jugendmuseum Schöneberg können Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene auf spielerische Weise fremde Welten erkunden und ihre Neugier wecken. Außerdem werden dort Respekt und Wertschätzung für Vielfalt vermittelt und pädagogische Projekte realisiert, die bundesweite Beachtung finden. Diese bezirklichen Angebote gilt es, auch vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage, dauerhaft zu erhalten.

Geschichte stiftet Identität

Die Stadtgeschichte von Tempelhof und Schöneberg vermitteln die bezirklichen Museen. Darüber hinaus existieren zahlreiche weitere Orte mit historischer Bedeutung, an denen Geschichte erleb- und erfahrbar ist. Geschichte stiftet Identität und ist deshalb wichtig für die Identifikation der Bürger mit dem Bezirk. Daher halten wir es für unabdingbar, dass ein historisches Profil des Bezirks erkennbar und Wissen über historische Ereignisse - auch

in den Schulen - vermittelt wird. Dazu gehören auch Neue Medien, wie zum Beispiel ein elektronisches Bürgerarchiv, das wir in Tempelhof-Schöneberg einrichten wollen.

Zu einer umfassenden historischen Betrachtung gehören in Tempelhof-Schöneberg auch die menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten. Daher unterstützen wir die Erinnerungsarbeit rund um das Bayerische Viertel inklusive der Dauerausstellung "Wir waren Nachbarn" im Rathaus Schöneberg, ebenso wie die Verlegung sogenannter Stolpersteine in unserem Bezirk.



Der Gedenkort "SA-Gefängnis Papestraße" geht auf eine Initiative der CDU zurück und das Jugendmuseum Schöneberg leistet hier wertvolle Aufklärungsarbeit. Mit dem Flughafen Tempelhof liegt ein ganz wesentlicher Standort nationalsozialistischer Einrichtungen in unserem Bezirk. Mittelfristig ist deshalb eine Erinnerungsstätte für das ehemalige Konzentrationslager Columbiahaus zu entwickeln, um die Bedeutung des Flughafens für die nationalsozialistische Stadtplanung und als Standort der deutschen Rüstungsindustrie für Besucher zugänglich zu machen. Dies ist nur gemeinsam mit der Senatskulturverwaltung möglich.

Wir wählen die Freiheit!

Besondere Bedeutung erlangte unser Bezirk zur Zeit der deutsch-deutschen Teilung. So wurde während der Berlin-Blockade West-Berlin über den Flughafen Tempelhof von den Alliierten mit der Luftbrücke versorgt. Der Alliierte Kontrollrat hatte seinen Sitz im heutigen Kammergericht im Kleistpark. Das Notaufnahmelager Marienfelde bildete für unzählige

Menschen das Tor zur freien Welt. Das Rathaus Schöneberg war Sitz des Regierenden Bürgermeisters, auf dem Vorplatz rief John-F.-Kennedy der jubelnden Menge "Ich bin ein Berliner" zu. Noch heute wird die Tradition des RIAS fortgeführt und aus dem Funkhaus des Deutschlandradios am Hans-Rosenthal-Platz der Klang der Schöneberger

V. Was uns verbindet

Freiheitsglocke gesendet.

Dieser Tradition der Freiheit fühlen wir uns verpflichtet und wollen die historische Bedeutung der jeweiligen Orte vermitteln und sie für Einheimische und Touristen erfahrbar machen. Hierfür gilt es, ein entsprechendes Tourismuskonzept zu erarbeiten.

Kultur und Ideen brauchen Räume

Wir wollen die baulichen Gegebenheiten der kulturell genutzten Gebäude verbessern, um die Angebote attraktiv und allen Menschen zugänglich zu machen. Wichtig ist, dass alle dezentralen Standorte im Bezirk erhalten bleiben, so dass ein flächendeckendes Kulturangebot im Bezirk gewährleistet bleibt.



Die CDU fordert daher:

- Das Jugendmuseum, die Volkshochschule und die Musikschule sollen gemeinsam mit der Mittelpunktbibliothek Teil eines integrierten Kultur- und Bildungszentrums am Standort Hauptstraße werden.
- Das Haus am Kleistpark soll weiterhin als kultureller Standort und wichtigster Ausstellungsort zur Verfügung stehen.
- Das Kulturangebot im Gemeinschaftshaus Lichtenrade soll ausgebaut werden.
- Der ehemalige BVV-Saal im Rathaus Tempelhof soll wieder für kulturelle Veranstaltungen nutzbar sein.

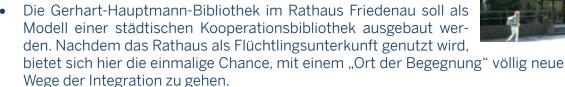


4. Bibliotheken - "Wohnzimmer" der Bürgergesellschaft

Moderne Bibliotheken müssen diversen Aufgaben gerecht werden. Von der "Bücherstube" haben sie sich zu einem Ort der Wissensvermittlung, der Produktion von Bildung und zu einem Treffpunkt mit hoher Aufenthaltsqualität weiterentwickelt. Hierzu benötigen sie große Flächen an möglichst zentral gelegenen Orten, die sowohl Internetarbeitsplätze als auch Veranstaltungsräume und Ruhezonen zum Lesen bereithalten. Sie haben Öffnungszeiten, die die Bedürfnisse der Kunden berücksichtigen. Nicht zuletzt sind eine Fülle unterschiedlichster Medien - vom Roman über das Fachbuch und das Kinderbuch bis hin zum E-Book - unbedingte Voraussetzungen, unsere Stadtbibliothek attraktiver zu machen.

- Die Sanierung der Tempelhofer Bezirkszentralbibliothek muss endlich erfolgen. Dabei ist ein zeitgemäßer Standard sicherzustellen. Seit 15 Jahren ist die Bibliothek Teil der Investitionsliste des Bezirks und bis heute wurden lediglich Notmaßnahmen zur Gebäudesicherung vorgenommen.
- Die Sanierung und den Flächenausbau der Mittelpunktbibliothek in der Schöne-

berger Hauptstraße mit dem Ziel, das Gebäudeensemble gemeinsam mit dem Jugendmuseum Schöneberg sukzessive zu einem integrierten Kultur- und Bildungszentrum zu entwickeln. Hier soll auch ein elektronisches Bürgerarchiv entstehen.





- Der 25 Jahre alte Bücherbus muss endlich ersetzt werden. Er fährt Haltestellen an, in deren Nähe sich kein Bibliotheksstandort befindet und füllt Lücken in den Ortsteilen Mariendorf, Tempelhof und derzeit auch in Friedenau. Wegen seiner hohen Schadstoffemissionen darf der Bus nicht mehr in die Umweltzone fahren und muss sich auf die Regionen außerhalb des S-Bahn-Ringes beschränken. Er versorgt die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mit Medien und diversen Formularen des Bürgeramtes, er steht auch vor den Schulen und trägt dazu bei, das Leseinteresse bei Kindern zu wecken.
- Der Medienetat ist dem wachsenden Bedarf anzupassen. Das einzelne Medium verschleißt sich schnell bei hohem Umsatz. Nur eine hohe Anzahl von Medien garantiert gute Ausleihzahlen und trägt entscheidend zur Refinanzierung der Bibliotheken im Bezirkshaushalt bei.



- Die Stadtbibliothek verträgt keine weiteren Einsparungen beim Fachpersonal. Die Kooperation mit ehrenamtlichen Unterstützern hat sich bewährt, diese können jedoch das Fachpersonal nur ergänzen, nicht ersetzen!
- Die Bibliotheken sind studentenfreundlicher zu gestalten, denn in unserem Bezirk leben viele Studenten. Dies bezieht sich insbesondere auf die Schaffung von Gruppenarbeitsräumen und Rückzugsorten für ungestörtes Lernen.



VI. Bürgernahe Verwaltung

Eine bürgernahe, moderne und leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Standortfaktor für Tempelhof-Schöneberg. Deshalb wollen wir eine transparente, bürgerfreundliche, schnelle, effiziente und fachkundig beratende Verwaltung. Un-RURGE RAM'

ser Leitbild lautet: Die Bezirksämter sind Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg.

1. Eine effektive und bürgerfreundliche **Verwaltung schaffen**

Die Einsparungen der letzten Jahre haben im Bereich der Bezirksverwaltung, insbesondere bei der Personalausstattung, ihre Spuren hinterlassen. Der vom Senat beschlossene Kurswechsel in der Personalpolitik (weg vom Dogma der berlinweit 100.000 Mitarbeiter, hin zu einer in die Zukunft gerichteten Personalentwicklung) ist daher zu begrüßen und fortzuführen. Wichtig ist dabei, dass die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken klar definiert wird. Eine Erweiterung der bezirklichen Zuständigkeiten muss gleichzeitig einen Personalaufwuchs zur Folge haben.

Das Potenzial von neuen Projekten der Verwaltungsmodernisierung muss schnellstmöglich genutzt werden, um die Dienstleistungsorientierung der Bezirksverwaltung zu ver-

bessern. Ein Schlüsselprojekt muss die Ausweitung des Angebots sein, Behördenangelegenheiten bequem und rund um die Uhr von zu Hause aus über das Internet erledigen zu können. Dadurch wird die Kommunikation zwischen Staat und Bürger vereinfacht und insgesamt die Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht.



- Das Online-Bürgeramt soll Wirklichkeit werden, damit so viele Informationen und Verwaltungsdienstleistungen wie möglich auch als Angebot im Internet verfügbar sind. Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sollen mit der Verwaltung einfach und sicher und rund um die Uhr kommunizieren können.
- Ein einfaches, transparentes und bürgerfreundliches Online-Ordnungsamt soll realisiert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben Verschmutzung durch Müll, defekte Laternen, unnötige Barrieren für ältere und behinderte Menschen etc. in einem Beschwerdesystem der Verwaltung mitteilen zu können. Auf einer Internetplattform des Bezirks sollen die gemeldeten Probleme und deren Bearbeitungsstand transparent in einer Übersicht dargestellt werden. Das in Tempelhof-Schöneberg besonders gut angenommene, aber inzwischen abgeschaltete Beschwerdeportal "Maerker" hat den großen Bedarf deutlich gemacht.
- Der Bezirk braucht einen zeitgemäßen Auftritt im Internet unter Berücksichtigung der Social-Media-Kanäle. Veranstaltungen, Bauvorhaben, Öffnungszeiten, touristische Attraktionen und allgemeine Verlautbarungen sowie Informationen aus der Bezirksverordnetenversammlung sollen darauf mitgeteilt werden.
- Informationen und Schreiben von Behörden sollen für alle Menschen leicht zu verstehen sein. Wir werden uns daher für die Verwendung einer klaren und verständ-

lichen Sprache in allen Bereichen der Verwaltung einsetzen, die gleichzeitig den Anforderungen an rechtssichere Formulierungen entspricht.

- Für die älter werdende Gesellschaft streben wir neue Angebote der Verwaltung an: u.a. mobile, aufsuchende Bürgerämter, bei denen Mitarbeiter des Bezirksamtes das Anliegen des Bürgers beispielsweise im Rahmen eines Hausbesuchs erledigen.
- Die drei bestehenden Bürgeramtsstandorte Lichtenrade, Tempelhof und Schöneberg sind unbedingt zu erhalten. Allen Planungen zur Reduzierung des wohnortnahen Angebots von Bürgeramtsleistungen erteilen wir eine Absage. Neben der Erhaltung der bestehenden Angebote werden wir uns für weitere dezentrale Bürgeramtssprechstunden beispielsweise in Einkaufszentren, Senioreneinrichtungen und weiteren publikumsintensiven Orten einsetzen.
- Ämter mit Publikumsverkehr müssen bürgerfreundliche und flexible Öffnungszeiten anbieten, die sich an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürgern orientieren. Hierzu benötigen wir in den Bürgerämtern nach dem Vorbild anderer Bezirke Abendöffnungszeiten und Termine am Sonnabend.
- Kriminelle dürfen sich nicht mit gefälschten Ausweisdokumenten in das deutsche Meldewesen einschleichen können, da dies die Voraussetzung zur Beantragung von Sozialleistungen ist. Der Berliner Senat geht in solchen Fällen von einer Schadenssumme von 20.000 bis 40.000 Euro pro erfolgreicher Registrierung mit einem gefälschten Dokument aus. Deshalb müssen für alle Bürgerämter sogenannte Dokumentenprüfgeräte angeschafft werden, die gefälschte Dokumente zuverlässig erkennen. Die von der Berliner CDU durchgesetzte Finanzierung von mehreren hundert Prüfgeräten für die Bezirke ist die Voraussetzung für eine schnelle Realisierung in Tempelhof-Schöneberg.

2. Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern verbessern

Kommunalpolitik ist ein wichtiger Politikbereich für die Bürgerinnen und Bürger. Nirgends gibt es mehr direkte Einflussmöglichkeiten als im Kiez vor Ort. Durch Einwohnerveranstaltungen, Einwohneranträge, bezirkliche Bürgerbegehren und ähnliche Instrumente direkter Einflussnahme der Bürger hat sich die politische Situation in den Bezirken grundsätzlich verändert. Heute geht es nicht allein darum, eine richtige Sachentscheidung zu treffen, sondern sie auch entsprechend zu kommunizieren; anderenfalls erleidet Politik auch mit den richtigen Sachargumenten empfindliche Niederlagen.

Ein Kernstück der politischen Agenda von SPD und Grünen sollte in den vergangenen fünf Jahren ein Mehr an Bürgerbeteiligung sein. In der Realität gab es seit Gründung des Doppelbezirks noch nie so viel Widerstand gegen Aktivitäten des Bezirksamtes wie in der letzten Wahlperiode. Insbesondere das Stadtentwicklungsamt unter Leitung der Grünen ließ keine Gelegenheit verstreichen, um massiven Widerstand der Bürger auszulösen. Beispiele sind



• die Bebauungen in der Crellestraße und in der Bautzener Straße;

VI. Bürgernahe Verwaltung

- die Neugestaltung des Grünstreifens im Wannseebahngraben;
- die Planung und der Bau der Begegnungszone in der Maaßenstraße:
- die Vernichtung der Kleingärten in der Marienfelder Säntisstraße;
- Untätigkeit statt Eindämmung der ausufernden Prostitution in der Kurfürstenstraße.



Bürgerbeteiligung nach dem Rezept von Rot-Grün waren in unserem Bezirk Alibiveranstaltungen ohne Wert, denn am Ende einer Bürgerbeteiligung kam in unserem Bezirk im Wesentlichen das heraus, was die Verwaltung bereits vorher geplant hatte.

Als CDU wollen wir, dass politisch Verantwortliche sich wieder offen den Bürgern stellen und realisierbare Alternativen zur Auswahl gestellt werden. Das bedeutet:

- Die Moderation hat die Verwaltung oder der politisch Verantwortliche.
- Bei allen Bürgerveranstaltungen werden Meinungsbilder darüber eingeholt, ob eine Baumaßnahme überhaupt und in welcher Form erfolgen soll.
- Bei allen öffentlichen Baumaßnahmen gibt es mindestens eine Alternativplanung für die Bürger zur Auswahl.
- Zwischen Bürgeranhörungen und Baubeginn der geplanten Maßnahmen besteht ausreichend Zeit für eine veränderte Ausführungsplanung.



- Eine öffentliche Baumaßnahme wird, soweit sie nicht zwingend notwendig ist, gegebenenfalls auch ganz zur Disposition gestellt. Wir müssen nicht zwanghaft Geld für Maßnahmen ausgeben, die von den künftigen Nutznießern als nicht notwendig angesehen werden. Der Umbau der Maaßenstraße wäre unter diesen Bedingungen niemals erfolgt.
- Da es bei Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen auch immer um die Gestaltung einer barrierefreien und generationengerechten Umwelt geht, sollten insbesondere Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen frühzeitig in entsprechende Planungen beziehungsweise die Erarbeitung, Fortschreibung und
 - Umsetzung städtebaulicher Entwicklungskonzepte einbezogen werden. Hierzu bieten sich zum Beispiel Ortsbegehungen mit den genannten Zielgruppen oder eine frühzeitige Beteiligung der Seniorenvertretung des Bezirks beziehungsweise der Beauftragten für Menschen mit Behinderung an.



Neben der klassischen Form der Bürgerbeteiligung bedarf es einer Onlineplattform, auf der Bürger Veränderungswünsche oder zusätzlichen Bedarf für ihren Kiez äußern können. Hierfür ist eine professionelle Begleitung

durch eine Servicestelle im Bezirksamt notwendig, die mit dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung in regelmäßigem Kontakt steht. Für die Einrichtung einer solchen Stelle können auch Vorbilder anderer Städte, zum Beispiel Wiesbaden, herangezogen werden.

Neben der bisherigen Bürgerbeteiligung fordert die CDU ab 2017 jährlich mindestens eine Einwohnerversammlung des Bezirksamtes je Ortsteil (Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade). Das Bezirksamt informiert bei der Veranstaltung über anstehende Projekte und Veränderungen im Ortsteil. Die Bürger haben gleichzeitig die Möglichkeit, Probleme aus dem Kiez beziehungsweise mit der Verwaltung darzustellen. Vertreter anderer Behörden, zum Beispiel der Polizei, sind in diese Veranstaltungen einzubeziehen.

3. Stabile Finanzen wieder herstellen

Zwischen 2011 und 2016 hat Tempelhof-Schöneberg unter Führung von SPD und Grünen einen für Berlin beispiellosen finanzpolitischen Absturz erlebt. Angelika Schöttler (SPD) ist 2011 mit Finanzreserven von 17 Millionen Euro als Bezirksbürgermeisterin gestartet, die 2016 faktisch aufgebraucht sind. Zusätzlich hat sie Bauinvestitionsmittel in Höhe von 13 Millionen Euro zweckentfremdet zur Haushaltsdeckung eingesetzt. Das bedeutet, in-

nerhalb von fünf Jahren wurden 30 Millionen Euro mehr ausgegeben, als im Haushalt zur Verfügung gestanden haben. Gleichzeitig liegt Tempelhof-Schöneberg in allen bürgernahen Verwaltungsbereichen, zum Beispiel beim Service in den Bürgerämtern, eher im unteren Drittel der Berliner Bezirke. In unserem Bezirk wurden damit 30 Millionen Euro plan- und ziellos ausgegeben.

Die Verwendung von Baumitteln zur Haushaltssanierung hat zur Folge, dass die Investitionen in Schulen, Jugendeinrichtungen und Sportanlagen nur noch aus Sonderprogrammen des Senats, aber nicht mehr aus Bezirksmitteln vorgenommen wurden und der Verfall der öffentlichen Gebäude immer weiter voranschreitet. Verschlimmert wird diese Situation zusätzlich dadurch, dass die Mehrheit von SPD und Grünen die Sanierung der Bürodienstgebäude (Rathäuser) zu ihrem Hauptziel erklärt hat, obwohl dafür eine Gesamtsumme von 30 bis 40 Millionen Euro nötig ist, dem Bezirk dafür aber nur jährlich 6 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Damit wird sich die Rathaussanierung bis über das Jahr 2020 hinziehen, während gleichzeitig das Geld in den übrigen Bezirksgebäuden, insbesondere bei Schulen und Sportanlagen, fehlt.

Sämtliche dieser Fehlentscheidungen sind gegen die Stimmen der CDU erfolgt.

Heute läuft unser Bezirk Gefahr, unter die finanzpolitische Aufsicht des Senats gestellt zu werden und damit praktisch keinen politischen Handlungsspielraum mehr zu haben. Dies gilt es, erst einmal kurzfristig zu verhindern. Die finanzpolitische Schieflage lässt sich aber nicht innerhalb eines Jahres wieder in Ordnung bringen, sondern kann bei einer konsequenten Mischung aus Sparen und Investieren im richtigen Bereich im Jahr 2020 behoben sein.

- Die Erarbeitung eines mehrjährigen Personal- und Investitionskonzeptes für die einzelnen Abteilungen des Bezirksamts, das mit einer finanzpolitischen Bestandsaufnahme zu Beginn der Legislaturperiode beginnt. Die bürgernahen und bauenden Bereiche unserer Verwaltung werden personell gestärkt, damit hier der Standard wieder verbessert werden kann.
 - Eine Überprüfung der Entscheidungen zur Sanierung der Rathäuser und einen

VI. Bürgernahe Verwaltung

sinnvollen vorzeitigen Abschluss der Maßnahmen. Ein sofortiger Stopp der Baumaßnahmen ist erstens nicht mehr möglich und hätte zudem zur Folge, dass die bereits investierten Mittel sinnlos vergeudet würden.

- Die Konzentration der bezirklichen Bauinvestitionen auf Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportanlagen, Senioreneinrichtungen und Straßen des Bezirks.
- Die Modernisierung der Verwaltung durch eine zeitgemäße EDV-Ausstattung und eine entsprechende Schulung der Mitarbeiter für den Umgang mit den entsprechenden Programmen. Hierüber können Verwaltungsabläufe gestrafft und Personal für andere Bereiche freigemacht werden. Dafür ist ein mehrjähriges Investitionsprogramm mit klaren Zielvorgaben nötig.



Impressum:

CDU Tempelhof-Schöneberg | Tempelhofer Damm 158/160 | 12099 Berlin

Telefon: 751 33 88 | Telefax: 752 22 74 | info@cdu-ts.de | www.cdu-ts.de | V.i.S.d.P.: Florian Graf

Alle Fotos unterliegen dem Urheberrecht der CDU Tempelhof-Schöneberg, mit folgenden Ausnahmen: Seite 24 mittig © CDU Berlin / Dirk Reitze, Seite 29 mittig © CDU Deutschlands/Dominik Butzmann; Seite 29 unten © CDU Deutschlands / Markus Schwarze; Seite 30 oben © Christiane Lang; Seite 32 oben © Christiane Lang; Seite 33 oben © Christiane Lang; Seite 33 mittig © CDU Deutschlands / Markus Schwarze; Seite 34 unten © CDU Deutschlands/Butzmann; Seite 35 oben © CDU Deutschlands/Butzmann; Seite 35 mittig © Corbis; Seite 37 mittig © Christiane Lang; Seite 38 oben © CDU Deutschlands/Butzmann; Seite 39 oben © Christiane Lang; Seite 39 mittig © Christiane Lang; Seite 39 unten © CDU Deutschlands/Dominik Butzmann; Seite 42 mittig © CDU Deutschlands/Dominik Butzmann; Seite 43 oben © CDU Deutschlands; Seite 45 oben © CDU/Dominik Butzmann; Seite 46 oben © Christiane Lang; Seite 47 oben © CDU/Butzmann; Seite 48 untenn © Christiane Lang; Seite 52 mittig © CDU Deutschlands/Markus Schwarze

UNSERE KANDIDATI FÜR DIE BEZIRKSVERORDNETENVER



JUTTA KADDATZ Listenplatz 1 63 Jahre, Schulrätin



Listenplatz 2 60 Jahre, Finanzbeamter



PETRA DITTMEYER Listenplatz 3 53 Jahre, Dipl.-Verwaltungswirtin



HAGEN KLIEM Listenplatz 7 60 Jahre, Taxiunternehmer



GUIDO PSCHOLLKOWSKI Listenplatz 8 47 Jahre, Jurist und Prokurist



WANDA PREUSSKER Listenplatz 9 53 Jahre, private Vermögensverwaltung



PATRICK LIESENER Listenplatz 13 27 Jahre, Medienkaufmann



HARALD SIELAFF Listenplatz 14 51 Jahre, Postbeamter a.D.



SCOTT KÖRBER Listenplatz 15 44 Jahre, Verwaltungsbeamter



REGINA KÖRPER Listenplatz 19 38 Jahre, Rechtsanwältin



DENISE MARX Listenplatz 20 52 Jahre, Medizinisch technische Assistentin 25 Jahre, Student



FLORIAN SEIBT Listenplatz 21

NNEN UND KANDIDATEN RSAMMLUNG TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



CHRISTIAN ZANDER Listenplatz 4 38 Jahre, Rechtsanwalt



PETER RIMMLER Listenplatz 5 68 Jahre, Dipl.-Ingenieur



DANIEL DITTMAR
Listenplatz 6
28 Jahre, Dipl.-Jurist, Rechtsreferendar



MATTHIAS STEUCKARDT Listenplatz 10 36 Jahre, Büroleiter



BRITTA SCHMIDT-KRÜGER Listenplatz 11 39 Jahre, Erzieherin und Heilpädagogin



MONIKA WALDT Listenplatz 12 39 Jahre, Rechtsanwältin



PHILIPP SEEHOFER
Listenplatz 16
56 Jahre, Vertriebs-Ingenieur



ERNA WEIMANN Listenplatz 1760 Jahre, Fremdsprachenkorrespondentin



MARCEL OEHMEN Listenplatz 18 22 Jahre, Student



CHRISTOPHER LAWNICZAK Listenplatz 22 21 Jahre, Auszubildender



DR. CHRISTINE KAISER Listenplatz 23 48 Jahre. Rechtsanwältin



DR. RÜDIGER TRAXLER Listenplatz 24 38 Jahre, Politologe

KONTAKT:

CDU Tempelhof-Schöneberg Tempelhofer Damm 158/160 12099 Berlin

E-Mail: info@cdu-ts.de Telefon: 030 7513388 Telefax: 030 752 22 74

www.cdu-ts.de